

SPÖ

DIGITALISIERUNG
FEMINISMUS FORTSCHRITT
SOZIALES MOBILITÄT
GESUNDHEIT ÖKOLOGIE
DEMOKRATIE WANDEL
FREIHEIT
GLEICHHEIT
GERECHTIGKEIT
SOLIDARITÄT
SICHERHEIT ARBEIT
NETZPOLITIK
KUNST BILDUNG EUROPA
KULTUR PERSPEKTIVEN
FORSCHUNG

GRUNDSATZPROGRAMM

Beschlossen am 44. ordentlichen Bundesparteitag in Wels 2018

Die Welt steht nicht still	4
Die Herausforderungen unserer Zeit	7
Unsere Werte	14
1. Eine solidarische Welt ist möglich	17
2. Europa demokratischer und sozialer machen.....	22
3. Für eine gerechte Wirtschaftsordnung.....	26
4. Gute Arbeit für alle.....	30
5. Bildung als Schlüssel zur Freiheit	33
6. Sicherheit ist sozial	37
7. In Stadt und Land.....	41
8. Die Pflicht zur Erhaltung unseres Planeten	44
9. Die Gleichstellung der Geschlechter	48
10. Das Miteinander stärken	51
11. Die offene Digitalgesellschaft und die Freiheit der Kunst	54
Österreich verändern	58

DIE WELT STEHT NICHT STILL

Die Welt steht nicht still. Sie ist stets im Wandel, der sich beschleunigt und immer wieder in Phasen politischen und gesellschaftlichen Umbruchs übergeht. Alte Muster überleben sich und es braucht neue Antworten. Sozialdemokratische Parteiprogramme müssen in solchen Zeiten die geistige und visionäre Kraft entwickeln, die neue Wirklichkeit zu analysieren und Ziele für die Zukunft zu formulieren. Im Jahr 1978 verabschiedete die SPÖ unter dem Vorsitz Bruno Kreiskys ein Grundsatzprogramm, das die „Reform der Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse“ in der Wirtschaft forderte. Sein Ziel war die Weiterentwicklung der „politischen Demokratie und des Wohlfahrtsstaats“ zu einer „sozialen Demokratie“.

Der damalige Zeitgeist war von Optimismus geprägt. Heute, 40 Jahre später, hat sich tatsächlich

vieles zum Besseren verändert. Weltweit konnte – vor allem durch den Aufholprozess der Schwellenländer – die absolute Armut deutlich reduziert werden. Technologie und Medizin haben enorme Fortschritte gemacht. Die Lebenserwartung steigt in vielen Regionen der Welt und Milliarden Menschen leben heute freier und selbstbestimmter. Algorithmen und künstliche Intelligenz revolutionieren die Arbeitswelt und mehrere Milliarden Menschen haben mit dem Smartphone ein Instrument in der Jackentasche, mit dem sie Zugang zum gesammelten Wissen der Welt haben.

Die „soziale Demokratie“, die die Kreisky-SPÖ forderte, ist heute aber so unerreicht wie vor 40 Jahren. Die Sozialdemokratie war in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa mit einem mehr oder weniger erfolgreichen Abwehrkampf gegen die neoliberale Demontage

des Sozialstaats sowie gegen die Aushöhlung der Demokratie beschäftigt.

Der Optimismus der 1970er ist einem anderen Zeitgeist gewichen. Das Modell des Nachkriegskonsenses der sozialen Marktwirtschaft wurde und wird in den hochentwickelten Industriestaaten von einem postdemokratischen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verdrängt. An die Stelle der Beteiligung – die Teilhabe der arbeitenden Menschen an Wohlstand und an wirtschaftlicher wie politischer Macht – tritt eine Benachteiligung, in der sozialer Aufstieg erschwert und bestehende Privilegien zementiert und ausgebaut werden.

Diese Entwicklung trägt maßgeblich zu den großen Instabilitäten bei, die wir heute in der Wirtschaft sehen. Sie bringt Unsicherheit in das Leben der Menschen. Viele haben den Eindruck das eigene Geschick nicht in den Händen zu haben, sondern Spielball globaler und nicht mehr steuerbarer Kräfte zu sein. Zu dieser neuen sozialen Frage kommt ein weitreichender Wandel unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Wir erleben eine atemberaubende technologische Veränderung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, eine rasant wachsende Ungleichheit innerhalb der Nationalstaaten, Klimaerhitzung und Umweltzerstörung, Kriege und Migrationsbewegungen.

Das neue Parteiprogramm steht für einen klaren Kurs. Wir lehnen ein Wirtschaftssystem ab, das nicht den Menschen und sein Wohlbefinden in den Mittelpunkt stellt, sondern das ausschließliche Streben nach Profit. Entgrenzte kapitalistische Systeme, die die Interessen der Menschen

ignorieren, müssen überwunden werden; mit dem Ziel, ein soziales, inklusives und ökologisches Wirtschaftssystem der Zukunft zu schaffen.

Wir begegnen den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels beherzt und voller Zuversicht. Denn wir können die Chancen nutzen, die der technologische Fortschritt bietet, um unsere Welt zum Besseren zu verändern. Und als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns an die Spitze dieses Fortschritts stellen, um Risiken in Möglichkeiten zu verwandeln.

An einer historischen Weggabelung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in der Welt, in Europa und in Österreich ist das neue Grundsatzprogramm der SPÖ daher mehr als ein Wegweiser: Es ist ein konkreter politischer Handlungsauftrag. Es ist mehr als eine verwirklichte Vision von unserer Gesellschaft: Es ist eine Einladung, sich an unserem gemeinsamen Veränderungsprojekt zu beteiligen. Aus unserer Geschichte schöpfen wir das Vertrauen in die aktive Gestaltbarkeit und Verbesserung unserer Lebensverhältnisse. Es gibt einen breiten Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit, nach Chancengleichheit und nach dem Respekt vor der Würde aller Menschen. Eine solche Zukunft kommt aber nicht von selbst. Wir müssen sie gemeinsam formen. Gemeinsam werden wir unsere Demokratie nicht bloß verteidigen, sondern ausbauen. Gemeinsam werden wir soziale Errungenschaften nicht bloß bewahren, sondern die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse neu ordnen. Das in diesem Programm gezeichnete Bild einer sozialen Demokratie ist unser Bauplan dafür.

Die Sozialdemokratie muss als Bewegung ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sein und ihre Vielfalt abbilden. Wir waren und sind die Partei der arbeitenden Menschen und jener, die die Unterstützung anderer brauchen. Wir sind die Partei der klassischen IndustriearbeiterInnen, aber auch jener, die im Dienstleistungsbe-

reich arbeiten. Wir sind die Partei der kleinen Selbstständigen und der Ein-Personen-Unternehmen, der hart arbeitenden Angestellten ebenso wie der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir sind die Partei aller Menschen, deren Arbeitseinsatz die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt ist.



DIE HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT

DAS ERSCHÜTTERTE WIRTSCHAFTSSYSTEM

In den letzten 40 Jahren hat sich das Wirtschaftssystem gewandelt. Eine Konzentration von Einkommen, Vermögen und Macht ging einher mit Privatisierung und Deregulierung von Dienstleistungs-, Güter- und Finanzmärkten, mit der Ausweitung der Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte, der Schwächung von Gewerkschaften und der Entdemokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte wachsen. Das macht die Weltwirtschaft krisenanfällig. Der große Finanzcrash 2008 war bisheriger Höhepunkt dieser krisenhaften Entwicklung. Aber das war keine Entwicklung, die einfach so geschah. Gesellschaftlicher Wandel und Machtstreben greifen ineinander.

Wir wollen zeigen, dass es eine Alternative zu einer Wirtschaftsordnung gibt, die alles der Wettbewerbsfähigkeit unterordnet. Heute erfordert die Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Verteilung von Reichtum und Macht und ein neues Selbstverständnis unseres demokratischen Gemeinwesens. Die unbestrittene Rolle von Staaten für die Bereitstellung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Grundlagen für unternehmerische Erfolge muss sich auch in der Beteiligung der Gemeinschaft an diesen Erfolgen widerspiegeln.

DIE SOZIALE HERAUSFORDERUNG – GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Das gesellschaftliche Versprechen, dass Wohlstand für alle durch Arbeit möglich ist, wurde durch eine Ordnung ersetzt, in der Reichtum und Privilegien

mehr zählen als Leistung. Eine ganze Generation junger Menschen erlebt heute in befristeten und schlecht bezahlten Jobs oder als „Generation Praktikum“, dass Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude nicht honoriert werden. Wer nicht erbt, kann nicht damit rechnen, dass sich Fleiß und Leistung lohnen. Hart arbeitende Menschen, die sich mit ihrem Arbeitseinkommen kaum über Wasser halten können und Einkommensverhältnisse, bei denen jedes ausfallende technische Gerät, jede unerwartete Rechnung Familien in eine finanzielle Krise stürzt, sind keine Einzelfälle.

Der Boden unter den Füßen vieler Menschen schwankt und wird brüchig. Die soziale Unsicherheit in unserer Gesellschaft berührt auch die, deren soziale Lage eigentlich gut ist, die aber die Gefahren eines sozialen Abstiegs fürchten. Rechte Parteien versuchen aus dieser Verunsicherung Kapital zu schlagen. Sie deuten Fragen sozialer Ungleichheit vorrangig zu kulturellen Fragen oder zu Fragen nationaler Identitäten um und versuchen, unterschiedliche Gesellschaftsschichten gegeneinander aufzuwiegeln. Die Sozialdemokratie muss daher heute mehr denn je dafür kämpfen, dass sich Fleiß und Leistung lohnen. Existenzsichernde, würdevolle Arbeit für alle ist eine Voraussetzung dafür.

SOZIALE DEMOKRATIE STATT POSTDEMOKRATIE

Angst gebiert autoritären Geist, schwindende Hoffnungen vergiften Gesellschaften von innen. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft, die einseitige Verteilung von Reichtum und dessen Missbrauch zur Ausübung politischer Macht stel-

len daher die Funktionstüchtigkeit der politischen Demokratie in Frage.

Postdemokratie heißt, dass der politische Einfluss wirtschaftlicher Eliten wächst, während andere gesellschaftliche Gruppen von der Mitsprache ausgeschlossen werden. Dies führt dazu, dass Menschen nicht mehr an die Gestaltbarkeit der Gesellschaft durch politische Teilhabe glauben. Ihre Interessen werden nicht vertreten. Sie erfahren soziale Ausgrenzung und werden passiv. Ein Zustand, der darüber hinaus die Gefahr birgt, dass autoritäre, antidemokratische Bewegungen mit ihren Parolen gegen „das System“ auf fruchtbaren Boden treffen. Sie missbrauchen den berechtigten Ärger vieler Menschen, um ihn gegen Feindbilder zu richten, für autoritäre Parolen zu mobilisieren und Schritt für Schritt ihr Modell einer „illiberalen Demokratie“ Wirklichkeit werden zu lassen.

Eine funktionierende Demokratie setzt ein funktionstüchtiges Gemeinwesen voraus, in dem alle Menschen sowohl Sicherheit verspüren als auch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben. Nur wenn Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können, sind sie verlässliche Stützen eines demokratischen Systems. Wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Fragen sind deshalb für uns untrennbar miteinander verbunden.

VOM TECHNISCHEN ZUM SOZIALEN FORTSCHRITT – AUS RISIKEN MÖGLICHKEITEN MACHEN

So wie die Dampfmaschine das Zeitalter der Industrialisierung eingeläutet hat, hat in den

vergangenen Jahrzehnten die rasante Weiterentwicklung der Computer- und Informationstechnologie die Wirtschaft grundlegend umgestaltet. Die Digitalisierung der Ökonomie ist keine abstrakte Zukunftsvision, sie ist längst Realität.

Schon vor mehr als 100 Jahren haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Industrialisierung, technische Innovationen und die Weiterentwicklung der Produktivkräfte als notwendige Voraussetzung begrüßt, um Not und Ausbeutung zu überwinden. Der Fortschritt produziert Reichtum und kann die Menschen von mühseliger Plackerei befreien. Diese großen Möglichkeiten sehen wir heute auch in einer digitalisierten und automatisierten Wirtschaft. Sie verändert die Art wie wir arbeiten, kommunizieren und unsere Freizeit gestalten. Und sie verlangt eine entsprechende Umgestaltung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats, des Arbeitsrechts und darüber hinaus.

Für viele ArbeitnehmerInnen bedeuten die Veränderungen eine Erschütterung bekannter und vertrauter Abläufe und Routinen und einen Angriff auf den Wert ihrer Arbeitsleistung und ihrer Würde am Arbeitsplatz.

Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren immer die Kraft der Modernisierung. Wir begreifen uns als Partei des Fortschritts und der Veränderung – im Dienste der Menschen. Wir begrüßen und unterstützen daher die Anwendung neuer Technologien, wenn sie den Menschen neue Möglichkeiten eröffnen und Arbeiten erleichtern. Wie schon vor über

100 Jahren müssen wir sicherstellen, dass der technologische Fortschritt dem sozialen Fortschritt dient und nicht in erster Linie den Profiten einiger weniger.

AUSBRUCH AUS GESCHLECHTER-ROLLEN, DIE FRAUEN UND MÄNNER EINSCHRÄNKEN

Gemeinsam mit der Frauenbewegung hat die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung der Frauen erfolgreich vorangetrieben. Seit den 1970er-Jahren konnte die rechtliche Gleichstellung – vom Ehegesetz bis zu den Kollektivverträgen – durchgesetzt werden. Vom Gewaltschutzgesetz bis zum Gleichbehandlungsrecht wurden viele rechtliche Instrumente geschaffen. All das hat einiges verändert: Frauen haben heute im Durchschnitt eine höhere Qualifikation als Männer und ihre Erwerbsbeteiligung ist in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegen. Viele Frauen haben eine Berufslaufbahn und sind heute ein selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens und der Politik. Gleichzeitig gibt es noch immer patriarchale Strukturen, die Frauen klein halten. Ökonomische Ungleichheiten sind zugleich Folge und auch Ursache davon. Allen Fortschritten zum Trotz ist die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht.

Nach wie vor müssen die sozialen und wirtschaftlichen Umstände, die Machtungleichheiten, die geschriebenen und die ungeschriebenen Regeln verändert werden. Nur so kann nach der rechtlichen auch die soziale Gleichstellung der Geschlechter durchgesetzt werden. Die gleiche

Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern nimmt dabei eine zentrale Stellung ein.

Gleichzeitig führen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen entschlossenen Kampf gegen unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen. Wir setzen uns ein für Einkommenstransparenz und die gleiche Vertretung von Männern und Frauen in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schlüsselstellungen. Frauenquoten sind auf diesem Weg ein notwendiges Mittel, um die faktisch gegebenen Männerquoten in diesen Bereichen aufzubrechen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen in feministischen Bewegungen und im Kampf zur Gleichstellung der Geschlechter einen Kampf im Interesse aller Menschen. Die Durchsetzung gleicher Einkommen und Lebenschancen für Frauen ermöglicht es gleichzeitig den Männern, vielfach gewünschte berufliche Freiräume zu gewinnen, um sich Kindern, Pflege- und Erziehungsarbeit zu widmen. Die Forderung der Frauenbewegung „Die Hälfte der Familien für die Männer“ ist untrennbar mit der Forderung „Die Hälfte der Einkommen und der Macht für die Frauen“ verbunden. Profeministische Männerpolitik als Teil sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik hat das Ziel, Männern wie Frauen durch eine neue Arbeitszeitpolitik und andere Maßnahmen eine gleiche Beteiligung am Erwerbs- wie am Familienleben zu ermöglichen. Nur dann, wenn alle Menschen ihre Ziele verwirklichen können, können Einzelne wirklich

frei sein. Deswegen befreit dieser Kampf nicht nur Frauen, sondern auch Männer aus Rollenklischees.

DIE ÖKOLOGISCHE ÜBERLEBENSFRAGE

Die globale Klimaerhitzung und die damit verbundenen Veränderungen sind längst keine Theorie mehr, sondern erlebbare Realität. Sie zerstören schon heute weltweit die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen und beeinträchtigen die Lebensqualität hunderter Millionen weiterer. Auch in Österreich sind die konkreten Auswirkungen längst spürbar. Die ökologische Frage ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zentral und drängend, denn es geht um nicht weniger als um die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschheit.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen wir nicht nur die sozial ungleiche Verteilung der Belastungen, die durch Umweltzerstörung und den Klimawandel entstehen. Wir erachten auch die Veränderung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen als wesentlich, um Klima- und Umweltzerstörung erfolgreich bekämpfen zu können. Denn eine grundlegende Umgestaltung unserer Produktions- und Lebensweise ist keine moralische Frage und nicht allein durch individuellen Verzicht erreichbar. Umweltzerstörung ist die Folge einer Wirtschaftsweise, in der rein quantitatives Wachstum, die Erzeugung von Konsumbedürfnissen und der Raubbau an Ressourcen die Grundlagen kurzfristiger Profitmaximierung sind.

Die nachhaltige Senkung von Treibhausgasemissionen setzt eine grundlegende Umgestaltung unserer Raumentwicklung voraus. Im Sinne der Stärkung regionaler Produktions- und Verbrauchskreisläufe müssen Verkehrsorganisation, Energieerzeugung und -verbrauch, aber auch unsere Lebensmittel-erzeugung umgestaltet werden. Diese Aufgabe kann nicht den Märkten allein überlassen bleiben, sondern erfordert die bewusste, strategische Gestaltung durch die Politik. Sichere und gesunde Nahrungsmittel, reine Luft und sauberes Trinkwasser sowie intakte Grün- und Erholungsräume sind für alle Menschen ein unabdingbares Grundbedürfnis. Wir sehen die ökologischen Herausforderungen daher als Teil einer umfassend zu beantwortenden sozialen Frage.

ÖSTERREICH IN EUROPA – DIE EU VORWÄRTS BRINGEN

Wir lieben unser Land. Dieser positive Bezug zu Österreich nährt sich nicht aus einem plumpen Nationalismus, der sich über andere Länder und Menschen stellt und diese damit abwertet. Unsere Heimatliebe entstammt dem Bewusstsein, was ein starkes Gemeinwesen erreichen kann – für Wohlstand, Solidarität und sozialen Zusammenhalt. Unser Patriotismus richtet sich nicht gegen andere, sondern dafür, das eigene Land vorwärts zu bringen. Wer sein Land liebt, verbessert es. Wir sind selbstbewusste Österreicherinnen und Österreicher, weil Österreich ein Land mit einem starken Sozialstaat und einer großen Dichte an gemeinschaftlichem Engagement ist. Österreich hat eine Tradition als Land des sozialen Ausgleichs, es ist ein Land der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts. Ein Land, in dem der wirtschaftliche Fortschritt im-

mer auch mit der Steigerung des Wohlstands für alle verbunden war. Auf das, was gut funktioniert in unserem Land, sind wir zurecht stolz – weil es das Resultat der Anstrengungen von vielen Männern und Frauen ist, die sich dafür engagiert haben.

Doch es gibt heute eine Vielzahl von politischen, sozialen und ökonomischen Problemen und Herausforderungen, von denen wir wissen, dass sie nicht alle in einem kleinen Land wie Österreich bewältigt werden können. Deshalb ist für uns ein gemeinsames Europa eine zentrale sozialdemokratische Idee.

Dieses gemeinsame Europa ist in der Europäischen Union teilweise verwirklicht worden. Doch eine Welle des Nationalismus droht dieses Europa, dieses beispiellose Friedensprojekt, wieder zu zerstören. Die tieferen Ursachen für diese Bedrohung liegen in Konstruktions- und Entwicklungsfehlern der Europäischen Union: Der freie Kapital- oder Warenverkehr wurde überbetont und die sozialen Entwicklungsziele wurden vernachlässigt. Darum braucht Europa neue Prioritäten. Denn mit einer marktfundamentalistischen Kürzungspolitik und den dadurch bewirkten sozialen Verwerfungen bricht Europa in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen, mit dem die europäische Idee lange verbunden war.

Gerade weil viele politische Veränderungen ihre Durchsetzung auf europäischer Ebene erfordern, kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine grundlegende Veränderung Europas. Viele unserer Forderungen können und

werden auf nationaler Ebene umgesetzt oder an-
gestoßen. Aber nachhaltige Lösungen, von der
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis hin zur Her-
stellung von Steuergerechtigkeit, setzen europä-
ische Lösungen voraus. So wie sich unser positives
Bild von Österreich nur durch die Schaffung einer
Nation des Wohlstands, der Solidarität und der so-
zialen Gerechtigkeit entwickeln konnte, braucht es
für die Stabilisierung und positive Entwicklung der
Europäischen Union konkrete Taten. Die Europäi-
sche Union wird nur dann die volle Zustimmung
aller Menschen gewinnen, wenn sie das Verspre-
chen hält, Wohlstand für alle zu schaffen. Darum
kämpfen wir für ein Europa des Wohlstands, der
Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit.

SOLIDARITÄT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Das starke Wachstum einer zunehmend vernetz-
ten Weltwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten
viele aus bitterer Armut und Elend geführt. Aber
nicht alle haben von der Globalisierung profitiert:
Die allerärmsten Einkommensgruppen der Welt,
vor allem in Afrika, erleben kaum Verbesserun-
gen. Dazu tragen unter anderem die Industrielän-
der bei, indem sie etwa durch ihre Agrar- und
Handelspolitik Armut exportieren. Aber auch die
hart arbeitenden Mittelschichten im Westen gehö-
ren nicht zu den Gewinnerinnen, ihr materieller
Wohlstand stagniert. Am meisten haben jene da-
zugewonnen, die ohnehin schon das meiste haben:
das oberste Prozent. Die Globalisierung hat enor-
me Ungleichheit produziert, sowohl innerhalb
von Nationen als auch zwischen Staaten und gan-
zen Weltregionen. Und sie hat dazu beigetragen,

dass wir die natürlichen Grenzen unseres Planeten
in vielen Bereichen überdehnen und sprengen.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
sind Teil einer internationalistischen Bewegung.
Wir sind überzeugt davon, dass wir die globale
Ungleichheit nur durch Kooperation und Koor-
dination über Nationalstaaten hinweg bekämpfen
können. So wie wir innerhalb des Nationalstaats
gegen ein Menschenbild des „Jeder gegen Jeden“
eintreten, so können wir auch auf internationaler
Ebene nicht akzeptieren, dass das Glück der einen
auf dem Leid der anderen gründet. Internationa-
le Solidarität ist deshalb eine der Leitideen unse-
res politischen Handelns. Unser Ziel ist globaler
Wohlstand, oder, in anderen Worten: ein ökolo-
gisch zukunftsfähiges, menschenwürdiges, freies
und selbstbestimmtes Leben in Frieden für alle.

EINE VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT...

Unsere Gesellschaft verändert sich rasant und um-
fassend. Österreich wird bunter und vielfältiger.
Rund ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung
hat Migrationshintergrund. Die Zahl der älteren
Menschen in Österreich wächst und wird in den
nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen. Gleich-
zeitig steigt die Zahl der Geburten in Österreich
stark an. Immer mehr Menschen leben in Patch-
workfamilien oder alleine. Immer mehr Menschen
bekennen sich, trotz noch immer bestehender Dis-
kriminierungen, zu ihrer individuellen Sexualität.

Das Gewohnte schwindet und das führt zu Kon-
flikten über die kulturelle Identität unserer Gesell-
schaft, gelegentlich auch zur aggressiven Abwehr
des Neuen. Migrantinnen und Migranten werden

als Sündenböcke für soziale Fehlentwicklungen missbraucht. Offen lebende Homosexuelle, Alleinerzieherinnen und Patchworkfamilien werden als Ursache von Umwälzungen abgestempelt, die als negativ oder irritierend empfunden werden.

Wir verstehen, dass es auch zur Überforderung kommen kann, wenn das Gewohnte dem Ungewohnten Platz macht und wir wissen, wie wichtig Integration für ein funktionierendes Zusammenleben ist. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen wir Versuche der Spaltung unserer Gesellschaft entschieden ab, erst recht dann, wenn sie zu einem „Wir gegen sie“ eskalieren. Die großen sozialen Herausforderungen unserer Gesellschaft brauchen keine Sündenböcke, sondern grundlegende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen und neue Vorstellungen davon, was uns zusammenhält. Denn uns leitet eine Gewissheit: Auch wenn unsere Gesellschaften bunter und diverser werden, es verbindet uns mehr, als uns trennt.

Mit dem Pensionsthema wird ebenfalls seit Jahren versucht, die ältere und die jüngere Generation gegeneinander auszuspielen. Dabei haben alle Generationen in der Pensionsfrage ein völlig identisches soziales Interesse: die gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen, die den Jüngeren Chancen am Arbeitsmarkt und den Älteren ihre hart erarbeitete Pension garantiert.

...BRAUCHT NEUE ALLIANZEN

Die Sozialdemokratie ist immer schon ein Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher

Gruppen und Milieus gewesen, die durch gemeinsame Ideale verbunden sind. Das macht uns zur Volkspartei im besten Sinne. Das sozialdemokratische Projekt besteht deshalb seit jeher darin, die gemeinsamen Interessen dieser Gruppen gegen die Interessen der wirtschaftlich und politisch Privilegierten, gegen die Macht des großen Geldes durchzusetzen. Wir kämpfen für die soziale Absicherung aller Menschen, für das Prinzip, dass sich Leistung lohnen muss – und nicht Herkunft oder ererbtes Vermögen. Wir kämpfen für eine Wirtschaftsordnung, in der unternehmerische Initiative nicht die Maximierung von Konzernmacht bedeutet, sondern in der das Austüfteln neuer Ideen und das Verbreiten innovativer Konzepte die gesamte Gesellschaft nach vorne bringt. Denn das Ziel jeden Wirtschaftens muss die nachhaltige Sicherung unserer Lebensgrundlagen sein und nicht der Profit auf Kosten von Umwelt, sozialer Gleichheit und Menschenrechten.

Diese Politik erfordert die grundlegende Infragestellung der bestehenden Reichtums- und Machtstrukturen, eine Neuverteilung von Einkommen und Vermögen sowie eine Demokratisierung der Wirtschaft. Eine solche Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Kraft und Solidarität der vielen gegen die enormen wirtschaftlichen und politischen Privilegien der wenigen mobilisiert. Die Sozialdemokratie erkennt die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft an und sieht es als ihr Ziel, diese Vielfalt für ein gemeinsames politisches Projekt zusammenzuführen. Zusammen kommen wir weiter.

UNSERE WERTE

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft ist. Unsere Vision der sozialen Demokratie ist, die Klassengegensätze zu überwinden, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht zu verteilen.

Wir kämpfen für die Freiheit und Würde der Menschen, für die volle Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Behinderung und sexueller Orientierung, und für soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Wir wollen die Würde des Menschen sicherstellen und ein Recht auf gute Arbeit gewährleisten.

Wir sind in der Geschichte immer auf der richtigen Seite gestanden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind die historische Freiheitsbewegung Österreichs. Wir haben Republik und Demokratie erkämpft und in jeder Phase unserer Geschichte mit ganzer Kraft verteidigt. Wir sind dem Antifaschismus und den Menschenrechten verpflichtet und kämpfen bis heute gegen Unterdrückung und Gewaltherrschaft in der ganzen Welt und für die Wahrung und effektive Durchsetzung von Grund- und Freiheitsrechten in einer pluralistischen Gesellschaft.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt davon, dass unsere gesamten Lebensverhältnisse gestaltbar – also verbesserbar – sind. Der enormen wirtschaftlichen und polit-

ischen Macht einiger weniger wollen wir ein politisches Projekt der Vielen gegenüberstellen, das die Leidenschaft und das Herz jeder und jedes Einzelnen und das Wissen und die Kreativität aller mobilisiert. Denn die weitere Modernisierung und Demokratisierung unseres Landes müssen Hand in Hand gehen.

FREIHEIT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten unverrückbar für die Freiheit ein. Freiheit bedeutet die Absage an jede Form der Diktatur und Autokratie. Freiheit braucht eine moderne Demokratie mit vielfältigen Wahl- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Selbstbestimmung aller Menschen. Die Verwirklichung menschlicher Freiheit bedarf materieller und sozialer Voraussetzungen, nämlich der Freiheit von Not, Ausbeutung, Bevormundung, Diskriminierung und Unsicherheit. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die freie Entwicklung jedes Menschen durch die Sicherung der Lebensgrundlagen die Voraussetzung für die Freiheit aller. Eine Gesellschaft, in der nicht alle die Freiheit haben, aus ihrem Leben und ihren Talenten etwas zu machen, kann niemals eine wirklich freie Gesellschaft sein.

GLEICHHEIT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Gleichheit als Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Menschen ein. Sie begründet den gleichen Anspruch aller

Menschen auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Gleichheit ist die Absage an jede Form von Klassen- und Privilegiengesellschaft, an subtile Rangordnungen, die dazu führen, dass manche glauben, etwas Besseres zu sein und auf andere herabsehen. Das Prinzip der Gleichheit ist nicht vereinbar mit Benachteiligungen aufgrund von Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft, Nationalität, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung. Freiheit und Gleichheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Sie sind nicht Gegenspieler, sondern Zwillinge. Der erste Schritt zur Ungleichheit ist auch der erste Schritt zur Unfreiheit. Nur politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell und sozial gleichberechtigte Menschen sind freie Menschen.

GERECHTIGKEIT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für das Prinzip der Gerechtigkeit ein. Gerechtigkeit sichert die Würde der Menschen im Verhältnis zueinander durch die Verwirklichung gleicher Rechte und durch die Wahrung einer umfassenden Gleichheit der Chancen. Als soziale Gerechtigkeit sichert sie den Menschen ihren Anteil am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand und sorgt darüber hinaus für einen sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

SOLIDARITÄT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für das Prinzip der Solidarität ein. Solidarität bedeutet aktive Unterstützung für den Mitmenschen und die Mitarbeit am Gemeinwohl. Solidarität nährt sich aus dem Wissen, dass wir alle miteinander verbunden sind. Erst das Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gemeinschaft und einem selbst, die Rücksichtnahme auf die Nächsten und die Hilfe für die Benachteiligten schaffen jene Beziehungen zwischen den Menschen, die eine soziale Demokratie begründen. Solidarität ist auch die stärkste Waffe im Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Als internationale Solidarität umfasst sie alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Alle Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität – sind gleichrangig. Nur ihre gemeinsame Verwirklichung kann allen Menschen ein erfülltes Leben in Frieden und Selbstbestimmung gewährleisten. Sie sind die vier Leuchtfeuer, denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer folgen.

DEMOKRATIE

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten unverrückbar für die Demokratie ein. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab, sowohl die Diktatur einer Minderheit als auch autoritäre Ordnungen, in denen Minderheitsrechte durch die Mehrheit verletzt werden. Wir kämpfen gegen die Aushöhlung der Demokratie und gegen ihre Beschränkung auf formaldemokratische Ab-

läufe, während wichtige Entscheidungen einer kleinen Elite vorbehalten bleiben.

Wir wehren den Anfängen. Die sozialdemokratische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Erfahrung gelernt, wie wichtig es ist, bereits den Anfängen des Faschismus zu wehren. Wir wenden uns daher nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches und antisemitisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche, demokratische und liberale Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben. Wir verteidigen den Rechtsstaat, die Unabhängigkeit der Justiz und die Presse- und Meinungsfreiheit.

Die Freiheit verteidigen. Unsere Grundwerte stehen im Gegensatz zu allen rechtskonservativen und rechtsradikalen Bewegungen, die ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie haben und Sympathien für autoritäre Regierungsformen, Diktaturen und eine rassistische Politik erkennen lassen. Bedrohungen für Freiheit und Demokratie, wie sie auch von terroristischen Aktivitäten ausgehen, können nicht mit undemokratischen, autoritären Methoden bekämpft werden. Deshalb müssen Frieden, Freiheit und Demokratie mit den Mitteln des Friedens, der Freiheit und der Demokratie gegen alle Angriffe verteidigt werden.

Demokratie ist mehr. Die Demokratie darf sich nicht nur auf die Gewährleistung freier Wahlen zwischen gleichberechtigten Parteien beschränken. Sie beruht auf der freien Mitbestimmung aller. Daher muss das Prinzip der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden.

KAPITEL 1

EINE SOLIDARISCHE WELT IST MÖGLICH

Die Globalisierung hat die Welt kleiner, aber nicht gerechter gemacht. Es liegt an uns, das zu ändern. Wir Menschen haben es in der Hand, zu bestimmen, wie wir zusammenleben möchten – im Kleinen wie im Großen. Angesichts einer weltweiten Vernetzung, durch die viele Herausforderungen nur mehr international gelöst werden können, müssen wir zugleich lokal und global handeln. Darum ist der Internationalismus der Sozialdemokratie zeitgemäßer denn je.

Eine weltweite Bewegung. Österreichs Sozialdemokratie ist Teil einer weltweiten, internationalen Bewegung, deren Ziel Friede, Freiheit, Selbstbestimmung und ein menschenwürdiges Leben für alle ist. Diese internationale Bewegung muss gestärkt werden. Gerade in Zeiten der Internationalisierung von Kapital, Märkten und Produktionsketten braucht es mehr denn je eine Vernetzung der davon Betroffenen. Gemeinsam und solidarisch organisieren wir den Kampf gegen Ausbeutung und Ungleichheit für eine gerechte Verteilung von

Ressourcen und Chancen. Gemeinsam und solidarisch treten wir für demokratische Mitbestimmung, Frieden und umfassende Sicherheit sowie den Schutz vor den zerstörerischen Folgen der Klimaerhitzung ein. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Parteien, sozialen Bewegungen, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften spielt hierbei eine große Rolle.

Konflikte lösen und Frieden sichern. Krisen und Kriege sind Ausdruck und Folge von

politischen und wirtschaftlichen Widersprüchen, die oft jahrzehntelang verdeckt und nicht gelöst wurden. Sie sind weder von heute auf morgen entstanden, noch sind ihre Gründe auf einzelne Faktoren, wie etwa religiöse Zugehörigkeiten, zurückzuführen. Sie sind vielmehr Teil immer stärker zusammenhängender Krisenlandschaften, die sich nach und nach aufbauen. Genau deswegen kann und muss Eskalationsspiralen auch frühzeitig entgegengewirkt werden – etwa durch nicht-militärische Maßnahmen, durch Diplomatie und Dialog, aber auch durch die Förderung von Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Eine sozialdemokratische Antwort kann nur lauten: Wir brauchen ein internationales System, das eine Strategie der aktiven Konfliktprävention verfolgt und alle beteiligten Staaten und Gruppen miteinbezieht. Wir brauchen eine Stärkung der Diplomatie und der kollektiven Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen. Dies beinhaltet auch eine Reform des UN-Sicherheitsrates, eine deutliche Verbesserung der damit verbundenen finanziellen und politischen Unterstützung sowie die grundsätzliche Weiterentwicklung der UNO, in der auch die nationalen Parlamente eine stärkere Rolle spielen.

Kriege an den Wurzeln verhindern. Wir sind der festen Überzeugung, dass Krisen und Konflikte letztlich nur politisch gelöst werden können. Umfassender Frieden kann nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden. Solange Ursachen wie die Unterdrückung von Minderheiten, Ungleichheit, Staatsversagen, Armut, die Konkurrenz um Ressourcen, negative Folgen

der Klimaerhitzung für die Nahrungsmittelproduktion sowie Landnahme („Landgrabbing“) nicht beseitigt werden, wird Frieden nicht dauerhaft bestehen. Krisen und Kriege können verhindert werden. Es müssen aber die konkreten Voraussetzungen und Handlungsalternativen geschaffen werden, um Eskalationen rechtzeitig verhindern zu können.

Kollektive Sicherheit herstellen. Heute ist es dringender denn je, uns auf die zivilisatorischen Errungenschaften des internationalen Völkerrechts zu besinnen und diese weiter zu stärken, Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik wiederzubeleben, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen weiterzuentwickeln und sie zu einem Forum für internationale Konsensbildung zu machen. Das Ziel unserer internationalen Politik ist eine Welt, in der die Menschen in Frieden, Freiheit und Würde leben. Jede Nation hat das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung. Es gibt keine nationale Sicherheit ohne europäische Sicherheit und es kann keine europäische Sicherheit ohne globale Sicherheit geben. Krisen vorzubeugen, individuelle Sicherheit zu gewährleisten und ein stabiles Umfeld zu schaffen, bleibt unerlässlich. Die Sozialdemokratie hat neben einem handlungsfähigen System der kollektiven Sicherheit unter dem Vorrang der Vereinten Nationen vitales Interesse an einer effektiven Gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU. Internationale Friedenseinsätze und eine kohärente Außen- und Entwicklungspolitik, die unsere Interessen mit den Lebensinteressen anderer verbindet, sind wesentliche Schlüssel zu Stabilität und Frieden auf der Welt.

Frieden schaffen ohne Waffen. Die Welt rüstet auf. Die globalen Ausgaben für Militärgüter erreichen neue Höchstwerte. Das erschwert die Suche nach friedlichen Lösungen für Konflikte und heizt Krisen weiter an. Es wächst damit auch eine Branche, die äußerst anfällig für Korruption ist und die ihre Gewinne auf Kosten von menschlichem Leben und Leid macht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Umverteilung weg von Rüstungsausgaben hin zur ausreichenden Finanzierung der Bewältigung globaler Herausforderungen. Wir stehen für die Ächtung und das Verbot aller Massenvernichtungswaffen – egal ob chemisch, biologisch oder atomar. Und wir bekennen uns zu einem strengen Außenwirtschaftsgesetz, das Waffenexporte aus Österreich in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Staaten, die Menschenrechte missachten, verbietet.

Fluchtursachen bekämpfen, Menschen in Not helfen. Viele Menschen müssen unfreiwillig ihre Heimat verlassen. Erzwungene Migration hat viele Ursachen: Flucht vor Krieg, Gewalt und Hunger oder – im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention – vor individueller persönlicher Verfolgung, etwa aufgrund der Religion oder der politischen Überzeugung. Viele Menschen verlassen ihre Heimat aber auch deswegen, weil sie keine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sowie soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit haben. Für sie wird Migration oft zur einzigen Strategie, ihre Lebensgrundlage zu sichern und sich und ihren Kindern eine Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaerhitzung wird die Zahl jener, die in ihrem Land keine

Existenzgrundlage mehr vorfinden, noch weiter erhöhen. Genau hier müssen wir ansetzen: Wir müssen mit aller Kraft die Ursachen von erzwungener Migration bekämpfen und Lebensgrundlagen vor Ort schaffen, damit sich weniger Menschen auf den Weg machen müssen.

Schutz als gemeinsame Verpflichtung. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Genfer Flüchtlingskonvention und der humanitären Verpflichtung, Geflüchteten vor Terror, Gewalt und Krieg Schutz zu bieten. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass, erstens, Schutzsuchenden am besten in Nähe ihrer Heimatländer geholfen werden kann. Hilfe vor Ort heißt Förderung internationaler Flüchtlingseinrichtungen in den Nachbarregionen und -ländern sowie die Unterstützung von Hilfs- und Integrationsmaßnahmen in den Transitländern und den Aufnahmeländern des Globalen Südens. Zweitens müssen Schutzsuchende in der Europäischen Union nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten fair verteilt werden. Österreich hat in der Vergangenheit viel geleistet, darauf können wir stolz sein. Unser Ziel ist ein europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren und standardisierten Leistungen, die Schaffung und der Ausbau legaler und sicherer Wege für Flüchtlinge nach Europa sowie ein funktionierender EU-Außengrenzschutz.

Die Neutralität stärken, nicht untergraben. Die Neutralität ist zentral für eine eigenständige sicherheits- und friedenspolitische Identität Österreichs. Sie ist eingebettet in ein solidarisches europäisches Gesamtgefüge. Als neutrales Land,

das keinen militärischen Bündnisinteressen verpflichtet ist, kann Österreich in Konflikten als glaubwürdige Vermittlerin und Ansprechpartnerin auftreten. Österreich hat darin einen jahrzehntelangen guten Ruf. Dieses Gewicht müssen wir stärker in die Waagschale werfen. Wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Erfüllung dieser Rolle ist das Wissen um Hintergründe und Zusammenhänge. Darum ist eine progressive Friedens- und Konfliktforschung unerlässlich und muss weiter ausgebaut werden.

Für eine Globalisierung, die allen Menschen nützt. Heute steht eine globalisierte Wirtschaft einer nationalstaatlich organisierten Politik gegenüber, der teilweise die Instrumente abhandengekommen sind, um Gewinne so zu verteilen, dass das Gemeinwohl gestärkt wird. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung können wir daher nur in einer intensivierte internationalen Zusammenarbeit gestalten, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und politischen Parteien. Was wir dafür brauchen, sind internationale Kooperation, wechselseitige Solidarität und faire Regeln, die für alle gelten.

Fairer Welthandel. Wir kämpfen für eine Politik der internationalen Solidarität auf europäischer und globaler Ebene, für einen fairen Welthandel als Gegenentwurf zu einem rein profitorientierten Freihandel. Handel ist kein Selbstzweck. Wir sind davon überzeugt, dass auch der Handel mit Gütern und Dienstleistungen Werten folgen und gesellschaftlichen Zielen dienen muss. Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsstandards, Menschen-

rechte, Umwelt- und Klimaschutz sind für uns keine lästigen Handelsbarrieren, sondern Voraussetzungen für fairen und menschengerechten Handel. Deshalb kämpfen wir für ein gerechtes Welthandelsregime mit klaren Regeln, für ein System, in dem nicht das Wettbewerbsdogma, eindimensionale Wachstumsziele und die Gewinnmaximierung regieren, sondern in dem soziale und ökologische Ziele an oberster Stelle stehen. Wir setzen uns für ein globales Regelwerk ein, in dem Schutzmechanismen für ärmere Regionen möglich sind – etwa Schutzzölle für Billigimporte, um eigene Produktionskapazitäten aufzubauen – und in dem Steuervermeidung und -hinterziehung unterbunden werden. In einem ersten Schritt sind auf europäischer Ebene Menschenrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und hohe Umweltstandards in allen Handelsverträgen und für alle Unternehmen verbindlich zu verankern und auf ihre Einhaltung zu achten. In einem zweiten Schritt müssen diese Grundsätze völkerrechtlich umgesetzt werden.

Verbindliche Regeln für Konzerne. Der größte Teil des Welthandels findet heute innerhalb sogenannter Wertschöpfungsketten statt. Innerhalb dieser globalen Netzwerke werden aus den ursprünglichen Rohstoffen über viele Zwischenschritte und -stationen fertige Verbrauchsgüter. Wir sind also täglich in das Netzwerk der Globalisierung eingewoben, etwa wenn wir Kleidung kaufen, unser Essen kochen oder elektronische Geräte anschaffen. Wie und was wir konsumieren, steht daher in direktem Zusammenhang mit der Art und Weise, wie und wo

diese Güter produziert werden. Die niedrigen Preise sind oft teuer erkaufte. Die Kosten unserer Lebensweise, sprich die negativen Umweltfolgen und die schlimmsten Formen der Ausbeutung wie Kinder- und Sklavenarbeit, werden an die Ränder der Weltwirtschaft ausgelagert. Diese Prozesse sind komplex und für Konsumentinnen und Konsumenten daher kaum zu durchschauen, die Verantwortung kann und darf daher nicht an individuelle Kaufentscheidungen delegiert werden. Es braucht vielmehr in Österreich, der EU und auf UN-Ebene eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Konzerne und ihre Zulieferfirmen. Durch verbindliche Regeln und Bußgelder muss diese Art des unmenschlichen Wirtschaftens unrentabel gemacht werden. Dass wir uns für diese Regeln einsetzen, ist nicht zuletzt ein Gebot der Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern entlang dieser grenzüberschreitenden Güterketten.

Mehr Fairness, weniger Probleme. Unser Ziel ist eine gute Zukunft für alle. Wir setzen uns daher für eine Internationalisierung des Sozialstaatsprinzips als notwendiges Gegenstück zur Internationalisierung der Märkte ein. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen – die „Sustainable Development Goals“ (SDG) – entwickeln einen umfassenderen Begriff von gesellschaftlichem Fortschritt, der weit über simple Kennzahlen wie Wirtschaftswachstum hinausgeht. Diese Ziele stellen den Anspruch

auf universelle Gültigkeit. Sie sind somit keine bloße Fortsetzung von Zielsetzungen für den globalen Süden, sondern gelten auch für die Länder des Nordens. Österreich hat sich zur Erreichung dieser nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030 verpflichtet und muss dafür auf nationaler Ebene einen Politikwechsel einleiten. Die SDG sind ein Zeichen der Hoffnung und ein wichtiger Wegweiser für die notwendige sozial-ökologische Transformation der Welt. Wir unterstützen diese Ziele ausdrücklich. Und wir treten parallel dazu weiter dafür ein, dass Österreich seinen Verpflichtungen im Sinne der internationalen Solidarität nachkommt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden in Regierungsverantwortung die Entwicklungsforschung unseres Landes ausbauen, die Entwicklungszusammenarbeit mit den notwendigen Mitteln – mindestens aber mit 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens – ausstatten und bei akuten Krisenfällen und Katastrophen rasch und zuverlässig Hilfe leisten.

Für verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik. Für uns sind die Wahrung der sexuellen und reproduktiven Rechte, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die Verbesserung des sozialen und ökonomischen Status von Frauen ein wichtiger Schlüssel für nachhaltige Entwicklung. Sie tragen auch zur Vermeidung von Teenagerschwangerschaften und einer verantwortungsvollen Bevölkerungspolitik bei.



KAPITEL 2

EUROPA DEMOKRATISCHER UND SOZIALER MACHEN

Europa ist die Wiege der Demokratie, doch das wichtigste politische Projekt Europas, die Europäische Union, leidet an einem Demokratiedefizit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt davon, dass sich die Bevölkerung Europas eine sozialere Union wünscht, was durch die derzeitigen Strukturen und Entscheidungsmechanismen verhindert wird. Hier werden wir als internationale Kraft ansetzen – denn ein demokratischeres Europa wird letztlich auch ein sozialeres Europa sein.

Rund 500 Millionen Menschen, eine Union.

Für diese Menschen, für deren Hoffnungen und Träume gestalten wir eine neue europäische Politik. Eine Politik, die der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist und das friedliche und demokratische Zusammenleben auf unserem Kontinent vorantreibt.

Als Wertegemeinschaft handeln. Die Europäische Union muss die universellen Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen-

rechte, Frauenrechte und Toleranz mit Festigkeit vertreten. Die Missachtung dieser Werte, welche wir schon heute in manchen Ländern beobachten müssen, gefährdet das friedliche Zusammenleben der Menschen innerhalb der Union. Und sie gefährdet das friedliche Miteinander der Staaten. Eine solche Gefahr zu bannen und sich entschieden gegen diese Entwicklungen zu stellen ist auch weiterhin zentrale Aufgabe der Europäischen Union. Die europäische Gemeinschaft muss wachsam

sein, darf keine Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit tolerieren und muss mit geeinter Kraft gegen jede Missachtung dieser universellen Werte – global und in den Mitgliedstaaten – vorgehen.

Eine Europäische Union des Fortschritts und des Wohlstands für alle. Zur Zeit ihrer Gründung war die Europäische Union ein Versprechen. Ein Versprechen für Wohlstand und ein gutes Leben für alle. Dieses Wohlstandsversprechen hat die Union für weite Teile der arbeitenden Bevölkerung nicht eingehalten. Wir sind aber davon überzeugt, dass nur eine Gemeinschaft in Europa in der Lage ist, für eine hohe Lebensqualität der breiten Bevölkerung sowie für sozialen und ökologischen Fortschritt zu sorgen. Herausforderungen der Umweltpolitik, Auswirkungen einer globalisierten Handelspolitik, und vieles mehr erfordern gemeinsame, starke europäische Antworten. Wir wollen ein Europa für die Menschen, nicht für die Märkte. Europas Politik muss einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik verpflichtet sein, in der Lebensqualität, Beschäftigung, gerecht verteilter materieller Wohlstand und eine intakte Umwelt im Zentrum stehen.

Für mehr Miteinander. Kooperation statt Wettbewerb muss Richtschnur einer neuen europäischen Politik sein. Eine Senkung von Löhnen und Sozialstandards im Geiste einer radikalisierten Standortkonkurrenz ist der falsche Weg. Es ist ein Weg, an dessen Ende alle ärmer sein werden. Wir wollen sichere Arbeitsplätze, höhe-

re Löhne, gerechte Steuern und zielgerichtete Investitionen, von denen auch die Länder im Süden und Osten Europas profitieren können. Nur wenn das Wohlstandsniveau in Europa als Ganzes gehoben wird, kann die EU ihre volle Kraft entwickeln.

Europas Stärke liegt im sozialdemokratischen Modell des Sozialstaats. Wir sind fest entschlossen, dieses Modell nicht bloß zu verteidigen, sondern in Europa auszubauen. Die offenen Grenzen innerhalb Europas sollen allen arbeitenden Menschen Chancen eröffnen und nicht Sozial- und Lohndumping befeuern. Ein gemeinsamer Markt kann nur funktionieren, wenn sich alle an die Spielregeln halten: bei Lohnniveau, Arbeitsrechten, Sozialstandards und bei der Steuerpolitik. Wir wollen und dürfen nicht in einen Wettbewerb um niedrigste Löhne und niedrigste Produktstandards eintreten. Vielmehr wollen wir europäische Produkte, die mit Qualität, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Innovation punkten. Dafür muss in der EU für öffentliche Aufträge künftig das „Bestbieterprinzip“ gelten, nach dem das beste und nicht billigste Angebot den Zuschlag erhält.

Die Europäische Union muss zu einer sozialen Union wachsen. Die Sozialdemokratie steht für ein Europa, in dem soziale Grundrechte Vorrang vor den Rechten der Konzerne haben, in denen ordentliche Löhne und Arbeitsschutzstandards durch die EU geschützt werden und in denen effektive Maßnahmen gegen Steuerbetrug greifen. Für uns ist klar: Nur wenn es europaweit für gleiche Arbeit am gleichen Ort den

gleichen Lohn gibt, können wir von einer gerechten Union sprechen. Nur ein starkes europäisches soziales Netz kann auf Dauer die Beteiligung der arbeitenden Menschen am Wohlstand der Gesellschaft sichern. Dazu braucht es einen Schulterschluss der Arbeitsbevölkerung Europas, eine enge Abstimmung der Sozialpartner, der europäischen Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft in die politische Gestaltung Europas.

Für eine gemeinsame Steuerpolitik. Wir wollen eine Steuerpolitik innerhalb der EU, die dem gemeinsamen Wirtschaftsraum gerecht wird. Wir brauchen ein Europa, in dem der Steuerhinterziehung großer Konzerne überall Einhalt geboten wird und es keinen Steuerwettbewerb nach unten gibt, sondern eine gemeinsame Steuerpolitik mit harmonisierten Unternehmenssteuersystemen mit Mindestsätzen. Konzerne sollen dort Steuern zahlen, wo die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Gewinne erwirtschaften. Es darf nicht länger sein, dass dem europäischen Fiskus durch Steuerhinterziehung und Gewinnverschiebung Milliarden entzogen werden. Auch die Finanztransaktionssteuer und eine faire Besteuerung global agierender und digitaler Konzerne müssen endlich umgesetzt werden. Denn mit diesem Geld könnten die Herausforderungen unserer Zeit zum Wohle aller nachhaltig und fair finanziert werden.

Die Europäische Union vorwärts bringen. Wir sehen die Notwendigkeit von Investitionen in Forschung und Entwicklung und die soziale Infrastruktur, in Kinderbetreuung, Pflege, Ge-

sundheit und Bildungseinrichtungen in Europa. Solche Investitionen müssen gerade auch für jene Länder möglich sein, die budgetäre Defizite haben. Die soziale Infrastruktur darf nirgendwo einem einseitigen Spardiktat zum Opfer fallen. Denn es sind gerade solche Investitionen, die eine hohe Beschäftigungswirkung aufweisen und Europa zu einem besonders lebenswerten Raum machen. Ebenso muss in die technische Infrastruktur – Schiene, Straße, Breitband – investiert werden. Das ist nicht zuletzt ein wesentlicher Beitrag für die grenzüberschreitende Mobilität innerhalb der EU. Es gilt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Investitionen zu gestalten und zu finanzieren. Gemeinsam mit vielen Verbündeten werden wir dem Druck für weitere Liberalisierungen vor allem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen ein Ende setzen. Öffentlicher Verkehr, Wasser- und Energieversorgung, leistbares Wohnen sowie der Gesundheits- und Bildungsbereich dienen der Allgemeinheit und dürfen nicht den Interessen einzelner Unternehmen geopfert werden. Eine starke staatliche Investitionspolitik muss Hand in Hand gehen mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsplätze in Europa sichert und neue schafft. Daher gilt es auch künftig die lokale Industrie zu stärken, schließlich sichert gerade die Industrie Arbeitsplätze in der EU und ist gleichzeitig Motor für Forschung und Innovation.

Europa demokratischer machen. Wir wollen ein demokratisches Europa, bei dem die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft Gehör bekommen und wollen gemeinsam ein Gegengewicht zum Lobbying der Konzerne schaffen.

Um Europas Politik weiterzubringen, braucht es eine europäische und keine nationalstaatliche Perspektive. Politikerinnen und Politiker müssen sich auch auf europäischer Ebene den Wählerinnen und Wählern verpflichtet fühlen und von diesen für Entscheidungen verantwortlich gemacht werden können. Daher setzen wir uns für die Stärkung des Europäischen Parlaments ein, mit starken europäischen Parteien und einen neuen Wahlmodus, der nach dem Grundsatz „Ich wähle dort, wo ich lebe“ eine transnationale Europaparlamentwahl möglich macht. Innerhalb der Eurozone müssen neben der Preisstabilität ebenso gesamtwirtschaftliche Entwicklungen wie Wachstum und der Kampf gegen Arbeitslosigkeit gleichberechtigt berücksichtigt werden. Die Eurozone muss demokratisch gestaltet werden.

Die Europäische Union trägt Verantwortung für die Welt. Gerade vor dem Hintergrund der blutigen Geschichte unseres Kontinents hat die EU die moralische Verpflichtung, sich für Frieden und Sicherheit in der Welt einzusetzen. Dafür bildet die sich stets weiterentwickelnde Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die Neutralität einiger Mitgliedstaaten wie Österreich berücksichtigt, den geeigneten Rahmen. Von besonderer Bedeutung für die Außenpolitik der EU ist eine aktive Partnerschaft mit unseren Nachbarländern sowohl am europäischen Kontinent als auch darüber hinaus. Hier gilt es, stabile wirtschaftliche, politische und kulturelle Verbindungen herzustellen und sich mit der arbeitenden Bevölkerung zu verbünden. Für die

Wahrung der Stabilität und Menschenrechte in unseren Nachbarländern setzen wir uns insbesondere im Europarat und der OSZE ein. Die Staaten Südosteuropas gilt es am Weg in die Europäische Union aktiv zu unterstützen. Mit jenen Staaten, die nicht Teil der Europäischen Union sind, müssen wir stabile Beziehungen etablieren – etwa privilegierte Partnerschaften – bei denen nicht nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Zentrum steht.

Für ein Europa zum Verlieben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass die europäische Zusammenarbeit, basierend auf Solidarität und dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten, der richtige Weg ist, um gerechten Wohlstand für alle zu sichern. Wir wollen gemeinsam mit der Europäischen Sozialdemokratie und allen Kräften Europas, die unsere Visionen teilen, Europa mit der Hoffnung auf eine gute Zukunft verbinden. Wir wollen einen Raum schaffen, der Menschen den Zugang zu Bildung eröffnet, allen gleiche Rechte garantiert, für sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit sowie gesunde Lebensbedingungen durch eine intakte Umwelt sorgt. „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“, hat ein wesentlicher Mitgestalter Europas – der langjährige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors – einmal gesagt. Darum arbeiten wir an einem anderen Europa. Ein soziales Europa, das nicht aus Bilanzen besteht, sondern aus Menschen. Ein gerechtes Europa, das sein Versprechen nach mehr Wohlstand einlöst. Ein starkes Europa, in dem es für uns alle gemeinsam vorwärtsgeht. Oder, anders gesagt: ein Europa zum Verlieben.

KAPITEL 3

FÜR EINE GERECHTE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt jeglichen wirtschaftlichen Handelns. Die Würde des Menschen und das Überleben der Menschheit sollten immer und überall Vorrang vor Profiten haben. Darum treten wir für eine andere Wirtschaftsordnung ein. Eine Ordnung, in der Wirtschaftsprozesse demokratisch, solidarisch und umweltverträglich gestaltet sind.

Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle.

Eine funktionierende Wirtschaft bildet die materielle Grundlage für Wohlstand und ist damit wichtig. Wachstum alleine ist aber zu wenig, um eine hohe Lebensqualität für alle zu sichern. Deshalb wollen wir den Erfolg unserer Politik auch stärker an Indikatoren messen, die mehr über die erreichte Lebensqualität und Nachhaltigkeit aussagen. Soziale Teilhabe, niedrige Armut, ökologische Aspekte oder eine gute Gesundheit sagen mindestens genauso viel über eine gelun-

gene Gesellschaft wie ihr Bruttoinlandsprodukt. Wir wollen eine Verringerung der Unterschiede zwischen „oben“ und „unten“ und eine möglichst breite Mittelschicht, die Sicherheit spürt und die auf ihre Wohlfahrt vertrauen kann. Märkte können für die wirtschaftliche Entwicklung nützlich sein, aber eine radikale Marktgesellschaft degradiert Menschen zur Ware. Wir wollen eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ohne Krisen – und eine Wirtschaft, die zum Gemeinwohl beiträgt.

Wir kämpfen für einen leistungsfähigen Sozialstaat. Das wirkliche Vermögen fast aller Menschen in Österreich ist der Sozialstaat. Er ist die Grundlage dafür, dass krisenhafte Ereignisse in einem Leben nicht automatisch in die Armut führen. Und er ist das einzige echte Umverteilungsinstrument, das wir haben. Er bietet Sicherheit, die anderswo nur größere Vermögen garantieren können. Der Sozialstaat ist somit mehr als nur ein Netz der letzten Sicherheit. Er ist die Grundlage dafür, dass sich Menschen erproben, ein Risiko eingehen und ihre Individualität entwickeln können. Der Sozialstaat ist daher kein Hemmschuh für wirtschaftliche Entwicklung, sondern eine Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Er ist aber auch das Fundament dafür, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger als gleichberechtigt, ebenbürtig und durch Solidarität verbunden erleben können. Darum kämpfen wir nicht nur darum, dieses Vermögen für die Österreicherinnen und Österreicher zu erhalten, sondern es noch weiter zu entwickeln.

Auch Roboter sollen den Sozialstaat mitfinanzieren. Um den Wohlfahrtsstaat nachhaltig zu sichern und auszubauen, braucht es eine Erweiterung seiner Finanzierungsbasis. Die Finanzierung unseres Gemeinwesens muss von allen Schultern getragen werden. Der Einsatz menschlicher Arbeitskräfte soll dabei kein Nachteil sein. Wir wollen daher, dass Branchen und Unternehmen, die von Automatisierung besonders profitieren, auch einen fairen Beitrag zum nachhaltigen Funktionieren des Sozialsystems leisten. In Zukunft wird es notwendig sein, eine gleichmäßige,

progressive Besteuerung von Einkommen aus menschlicher Arbeit und Einkommen aus Kapital und Vermögen sicherzustellen.

Wir kämpfen für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Die eklatanteste Ungleichheit besteht in der Verteilung von Vermögen. Unser Ziel ist eine Vermögensbesteuerung, die diesen Zustand nicht nur entschärft, sondern ihm aktiv entgegenwirkt. Die erste und wichtigste Maßnahme ist dabei die Besteuerung von großen Erbschaften, die – als leistungsfreie Einkommen – nichts zum Gemeinwesen beitragen.

Eine Frage der Macht. Schlussendlich geht es bei der Frage nach gerechter Verteilung nicht alleine darum, welchen Lebensstil sich Reiche im Vergleich zu Armen leisten können. Es ist auch eine Frage der Verteilung von Macht. In einer Gesellschaft, die durch krasse Ungleichverteilung zerrissen ist, können wirtschaftlich Mächtige und ihre Lobbys auch die gesellschaftliche Entwicklung über das Maß des Erträglichen hinaus beeinflussen. Sie können sich in der Öffentlichkeit und bei EntscheidungsträgerInnen Gehör verschaffen und durch mächtige Lobbys die Politik kaufen. Schon alleine deshalb darf die Vermögensschere in einem Land nicht zu weit aufgehen. Gewerkschaften und Arbeiterkammern sind notwendige Akteure und Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen in einer demokratischen Wirtschaftsordnung.

Finanzmärkte bändigen. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, dass die Lehren der Wirtschaftskrise 2008 nie vergessen werden. Die

Finanzmärkte dürfen sich nie wieder in dieser Form verselbstständigen. Sie müssen auf jenes Maß zurechtgestutzt werden, das nötig ist, damit sie eine sinnvolle Aufgabe für die Realwirtschaft erfüllen. Dafür braucht es eine starke Aufsicht und sinnvolle Regularien. Banken müssen so strukturiert und kapitalisiert sein, dass ein Kursverfall von Vermögenswerten keine Kosten für die Allgemeinheit verursacht.

Gegen Lohn und Steuerdumping. Das Rennen um die niedrigsten Preise darf die internationale und vor allem die europäische Wirtschaftspolitik nicht dominieren. Wenn sich im EU-Binnenmarkt die Staaten durch niedrige Lohnkosten und niedrige Unternehmenssteuern gegenseitig konkurrenzieren, werden alle ärmer. Das Rennen um die niedrigsten Steuern, Löhne und arbeitsrechtlichen Standards hilft in erster Linie den großen, exportorientierten Unternehmen und deren Eigentümern. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie jene kleineren Unternehmen, die von der Kaufkraft und dem wachsenden Wohlstand in ihrer Region leben, sind die Verlierer in diesem Spiel. Darum wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Ende des Steuerwettbewerbs und eine Lohnentwicklung, die mit den Produktivitätsgewinnen einhergeht. Darüber hinaus müssen die Leistungsbilanzen innerhalb der Europäischen Union ausgeglichen werden.

Öffentliche Investitionen als Motor der Innovation und der Konjunktur. Verkehr, Wohnungen, Energieversorgung, Schulen, Hochschulen, Wasserver- und Abwasserentsor-

gung, Internet und Telefonie – moderne Gesellschaften basieren auf einer qualitativ vollen Infrastruktur. Gute Infrastruktur ist nicht nur die Voraussetzung dafür, dass wir unseren Alltag gut bewältigen. Sie ist auch die Basis der Produktivität der Privatwirtschaft. Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hand sind darüber hinaus ein sinnvolles Instrument, um die konjunkturelle Entwicklung zu gestalten und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Staaten müssen die Möglichkeit haben, dieses Instrument strategisch anzuwenden. Ein fiskalpolitischer Rahmen, aber auch überzogene Beihilferegeln, die den Staat einengen, sind daher falsch. Im Zweifel muss sich die öffentliche Hand selber eher zu viel als zu wenig Spielraum eingestehen, um Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Innovation zu ermöglichen und konjunkturelle Abschwünge abzubremesen. Dabei spielen kommunale Investitionen eine große Rolle, weshalb die finanzielle Absicherung der Gemeinden – auch der strukturschwachen – gewährleistet sein muss. Es geht hier nicht darum, Steuergeld sorglos für Konsumzwecke auszugeben, sondern um Investitionen in die Zukunft. Wenn wir heute investieren, profitieren zukünftige Generationen davon. Was wir heute verabsäumen, müssen unsere Kinder und Enkelkinder wieder aufholen.

Der unternehmerische Staat. Wir stehen für einen Staat, der Verantwortung für den wirtschaftlichen Fortschritt trägt. Die großen wirtschaftlichen Innovationen unserer Zeit hätte es ohne staatliche Grundlagenforschung nicht gegeben. Eine starke öffentliche Beteiligung an strategisch wichtigen Bereichen der Wirtschaft

ist ein treibender Motor für die wirtschaftliche Entwicklung.

Wir wollen eine starke Industrie. Die Industrie ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands. Der breite Wohlstand und die guten Lebensstandards, die über Generationen geschaffen wurden, sind kein Standortnachteil, wie uns manche gerne glauben machen wollen. Unsere Standards sind die Voraussetzung für unseren gemeinsamen Erfolg. Der Industriestandort Österreich kann und wird nicht im Wettbewerb um niedrige Löhne und Sozialstandards punkten. Er wird getragen durch Fachkräfte, die Weltspitze sind, eine starke Forschungslandschaft und Schutz vor unfairem Dumping-Wettbewerb. Ein nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg beruht auf einem gut ausgebauten Rechtssystem und sinnvollen regulatorischen Rahmenbedingungen – und kommt letztlich allen und nicht nur ein paar Wenigen zugute.

Wir stärken die Klein- und Mittelbetriebe. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Bürokratie auf ein notwendiges Maß reduziert wird. Unfaire Wettbewerbsnachteile, denen KMUs gegenüber internationalen Großkonzernen ausgesetzt sind, wollen wir beseitigen. Insbesondere kämpfen wir gegen die groß

angelegte internationale Steuervermeidung, die alleine den Interessen großer Konzerne nützt. Wir wollen, dass es sich finanziell auszahlt, Gegenstände reparieren zu lassen, statt sie wegzuwerfen und neu zu kaufen. Wir wollen alle Spielräume des Vergaberechts nutzen, um österreichische Unternehmen durch öffentliche Aufträge zu unterstützen. Wir wollen einerseits die soziale und wirtschaftliche Situation der Kleinstunternehmen und EPUs verbessern und andererseits Scheinselbstständigkeit entgegenwirken.

Wir machen Österreich zum führenden Land für Unternehmensgründungen. Wir wissen, dass Start-ups und Neugründungen ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes geworden sind. Darum wollen wir Österreich zum führenden Start-up-Standort Europas machen. Das kreative Potenzial dafür ist mehr als vorhanden, es gehört nur zielgerichtet gefördert. Das geht nicht mit gut klingenden Schlagzeilen, sondern nur über eine aktive Strukturpolitik. Wir werden für unsere stärksten Branchen mithilfe von Clustern ein optimales Umfeld für Neugründungen und Innovationen schaffen. Wir wollen außerdem eine Kultur der „zweiten Chance“ etablieren. Unternehmerisches Scheitern darf einen Neustart nicht verunmöglichen.



KAPITEL 4

GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Die Sozialdemokratie steht für eine demokratische, barrierefreie und gesunde Arbeitswelt. Wir werden den technologischen Fortschritt nutzen, um Arbeit und Arbeitszeit gerecht zu verteilen. Vollbeschäftigung und faire Löhne sind unsere Ziele.

Arbeit für ein gutes Leben. Sichere, sinnhafte und gerecht entlohnte Arbeit ermöglicht Lebensqualität und Entfaltung. Sie trägt bei zu einem selbstbestimmten und unabhängigen, kurzum: zu einem guten Leben. Vollbeschäftigung im Rahmen einer solidarischen und ökologischen Wirtschaft ist das Ziel der Sozialdemokratie. Jeder Mensch hat ein Recht auf gute Arbeit, auf Aus- und Weiterbildung und gewerkschaftliche Organisation sowie auf Freizeit.

Für eine humane, gerechte und solidarische Arbeitswelt. Eine humane Arbeitswelt erfordert, dass alle Menschen frei von Zwang einer sinn-

haften und sicheren Beschäftigung nachgehen können. Das körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden steht im Mittelpunkt. Gerecht gestaltet ist die Arbeitswelt, wenn alle Beschäftigten von ihrem Einkommen gut leben können und von mehr Produktivität bzw. Effizienz profitieren. Eine humane und gerechte Arbeitswelt stärkt die Solidarität unter den Beschäftigten.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt neue Möglichkeiten mit sich. Arbeitsabläufe können durch den Einsatz neuer Technologien effizienter organisiert und Menschen von belastenden Tätigkeiten befreit werden. So kann

der Einsatz von intelligenten Assistenzsystemen altersgerechtes Arbeiten ermöglichen. Die Digitalisierung kann außerdem die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Erwerbsleben fördern und einen wichtigen Beitrag zur Inklusion leisten. Wie jeder technologische Wandel folgt auch die Digitalisierung keinem Naturgesetz. Die Qualität der Arbeit nimmt durch sie nicht automatisch zu. Wie technologische Neuerungen eingesetzt werden und wer davon profitiert, wird von ökonomischen und politischen Interessen beeinflusst. Umso wichtiger ist es, in der Gestaltung der Arbeitswelt das Wohl und die Interessen der Menschen in den Vordergrund zu rücken. Dabei verfolgen wir einen ethischen Zugang, der für ein Gleichgewicht zwischen technologischem Fortschritt und der Wahrung guter Beschäftigungsverhältnisse sorgt. Die Arbeitswelt in der sozialen Demokratie wird von allen Beteiligten mitgestaltet. Das erfordert die Möglichkeit innerbetrieblicher Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen und ihrer VertreterInnen.

Fortschritt für alle. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen technologische Innovationen zugunsten einer humanen Arbeitswelt gestalten. Das erfordert eine Demokratisierung von Rationalisierungsentscheidungen, die auf technologischem Fortschritt beruhen. Dafür müssen die Beschäftigten frühzeitig in die Entwicklung von technischen Lösungen und neuen Arbeitsprozessen eingebunden werden. Oft kommt es zu einer Polarisierung zwischen guter, also gerecht bezahlter und gestaltbarer Arbeit und schlecht bezahlter prekärer Arbeit. Der Einsatz moderner Technologien kann Handlungsspielräume eröffnen und mehr

Selbstorganisation ermöglichen – diese Spielräume gilt es im Interesse aller Menschen zu nutzen.

Neue Arbeitsformen sozial absichern.

Neue technologische Möglichkeiten ermöglichen andere Arbeitsformen. Dabei entstehen auch arbeitsrechtliche und arbeitsorganisatorische Formen der Arbeit, die häufig durch Rechtsunsicherheit, mangelnde soziale Absicherung, Kleinteiligkeit sowie Vereinzelung im Arbeitsprozess und schlechte Bezahlung geprägt werden. Es gibt unternehmerische Plattformen, die Lieferdienste für Speisen organisieren oder sogenannte Crowdwork-Plattformen, auf denen Menschen online ihre Arbeitskraft anbieten und oft nur für einzelne Arbeitsschritte Aufträge erhalten. Wer in der Datenwolke arbeitet oder seine Arbeitskraft online vermittelt, hat ein Recht auf faire Bezahlung, soziale Absicherung und gewerkschaftliche Organisation. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns daher dafür ein, einen Rechtsrahmen für diese neuen Formen der Arbeit zu schaffen, der all das sicherstellt.

Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam mit den Gewerkschaften treten wir für einen gerechten Anteil der ArbeitnehmerInnen am erwirtschafteten Ertrag und für das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben ein. Nur starke und lebendige Gewerkschaften, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen sorgen für ein Kräftegleichgewicht im Interessenskampf zwischen Kapital und Arbeit, Vorstands- etagen und Beschäftigten. Angesichts des Wandels der Arbeitswelt muss die betriebliche Mitbestimmung forciert und ausgebaut sowie die Demokra-

tisierung der Arbeitswelt vorangetrieben werden. Wir bekennen uns zum Modell der österreichischen Sozialpartnerschaft und einer wirksamen Vertretung der Interessen der ArbeitnehmerInnen durch die gesetzliche Mitgliedschaft in der Kammer für Arbeiter und Angestellte.

Vollbeschäftigung schaffen durch ein Recht auf gute Arbeit für alle. Unser Ziel ist und bleibt Vollbeschäftigung. Auf dem Weg dorthin bedarf es einer teils radikalen Neuausrichtung unserer gewohnten Arbeitswelten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gute Arbeit für alle Menschen. Das bedeutet, dass wir Arbeitslosigkeit – vor allem Langzeitarbeitslosigkeit – nicht akzeptieren. Darum werden wir in letzter Konsequenz mit öffentlichen Mitteln Arbeitsplätze schaffen, um ein Recht auf Arbeit für alle sicherzustellen. Inklusion, also die Garantie guter Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen, ist entscheidend, damit alle Menschen ihre Fähigkeiten einbringen können. Tendenzen, erfahrene Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben auszuschließen, treten wir ebenso entschieden entgegen wie der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich, in Europa und in der Welt. Dieser Kampf gegen die systematische Benachteiligung ganzer Gruppen am Arbeitsmarkt ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein besonderes Anliegen.

Wir kämpfen für gerechte Löhne. Eine erfüllende Tätigkeit ist eine wichtige Quelle von Lebenssinn und Anerkennung, eine gerechte Entlohnung ist eine Frage von Respekt und Akzeptanz. Wir wollen einen Mindestlohn, der widerspiegelt,

dass Menschen einen großen Teil ihres Lebens dafür aufwenden, etwas für andere zu leisten. Unterschiede in der Entlohnung, die auf das Geschlecht, die Herkunft oder andere Faktoren der Identität zurückzuführen sind, bekämpfen wir entschieden.

Den Fortschritt nützen. Wir werden den technologischen Fortschritt nutzen, um mehr Freiräume für die arbeitenden Menschen zu schaffen und die Arbeitszeit sozial gerecht zu verteilen. 45 Jahre nach Einführung der 40-Stunden-Woche ist es an der Zeit, neue Schritte der Arbeitszeitverkürzung zu setzen. Die Arbeitszeit soll den Bedürfnissen des jeweiligen Lebensabschnitts, den gesundheitlichen Voraussetzungen sowie den sich wandelnden unterschiedlichen Lebensweisen entsprechen. Damit ermöglichen wir echte Wahlfreiheit bei der Familienarbeit und mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten.

Halbe-Halbe und nicht weniger. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit durchgesetzt wird.

Wir wollen Bildungsmöglichkeiten für alle. Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung wie bezahlte berufliche Auszeiten, so genannte „Sabbaticals“, oder Bildungskarenz werden vor dem Hintergrund des rasanten Wandels in der Arbeitswelt an Bedeutung zunehmen. Wir unterstützen deshalb eine Stärkung und Ausweitung dieser Angebote, die für alle Beschäftigten einfach zugänglich sein müssen.

KAPITEL 5

BILDUNG ALS SCHLÜSSEL ZUR FREIHEIT

Die Zukunftsfragen von morgen lassen sich nicht mit dem Wissen und dem Denken von heute beantworten. Umso mehr sind wir als Gesellschaft darauf angewiesen, Kreativität und Wissenserwerb zu fördern. Bildung muss begeistern. Dafür müssen dringend neue Wege beschritten werden.

Die beste Bildung für alle. Bildung ist der Schlüssel zur Welt. Sie ist Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und ein Mittel zur Emanzipation. Sie macht uns zu kritikfähigen, freien und mündigen Menschen. Sie ermöglicht uns den Zugang zu erfüllender Arbeit. Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und damit für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Sie ist die Grundlage für ein gutes Leben für jeden Menschen und das Fundament für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sowie den Wohlstand unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind eine Kultur- und Bildungsbewegung,

die dafür kämpft, dass alle Menschen ihr Recht auf Bildung verwirklichen können – nicht nur in der Jugend. Lebensbegleitendes Lernen hat für die Sozialdemokratie einen hohen Stellenwert, weil es für die persönliche und berufliche Verwirklichung aller Menschen eine unerlässliche Voraussetzung sowie zugleich Triebfeder für sozialen Fortschritt ist.

Bildung ist mehr. Unser Bildungssystem darf sich nicht nur auf das Erlernen von Grundkompetenzen und kognitivem Wissen beschränken. Es muss darüber hinaus soziale und kulturelle Fertigkeiten – wie Kreativität, Empathie, Soli-

darität, Toleranz, Verantwortung, selbständiges Denken und Kritikfähigkeit – vermitteln. Ob als Elternteil oder als PädagogInnen: Erwachsene sollen dabei das Kind als anspruchsvolle und glaubwürdige PartnerInnen begleiten. Jedes Kind ist gleich viel wert, kein Kind darf zurückgelassen werden. Die Zukunft unserer Kinder darf nicht von der sozialen Schicht, dem Geburtsort, dem Vermögen oder dem Einkommen der Eltern abhängen. Bildung darf nie ein Privileg der Besitzenden sein. Wir kämpfen daher für ein öffentliches, frei zugängliches, inklusives Bildungssystem, das allen Kindern gleiche Chancen garantiert und bereits die Jüngsten individuell und bestmöglich fördert. Vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung stehen wir für inklusive Räume, in denen der Wechsel zwischen Bildungs- und Ausbildungswegen offen steht und jeder Mensch das Recht auf mehr als eine Chance hat, den eigenen Interessen zu folgen.

Emanzipatorische Elementarpädagogik notwendiger denn je. Wir wollen kinderrechte Lebens- und Lernräume schaffen. Kindergärten sind Bildungseinrichtungen, in denen Kinder voneinander lernen, weil ihre Neugierde angestachelt wird. Hier werden Grundkompetenzen früh gestärkt sowie die Sprach- und Sozialkompetenz verbessert. Das verhindert soziale Benachteiligungen, die sich sonst schon ab dem Schuleintritt verfestigen. Gute Elementarpädagogik ist daher der wichtigste Schlüssel im Kampf um Chancengerechtigkeit. Wir wollen eine Ausbauoffensive im elementarpädagogischen Bereich – mit flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen,

ganztäglich geöffnet, ohne Schließtage (v. a. in den Schulferien) und öffentlich finanziert. Hier gibt es viel zu tun: Ein bundesweiter Qualitätsrahmen, eine Ausbildung der ElementarpädagogInnen auf Hochschulniveau, die angemessene Entlohnung dieser Fachkräfte, kleinere Gruppen, ein Rechtsanspruch auf einen Gratis-Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr sowie zwei verpflichtende Gratis-Kindergartenjahre garantieren, dass allen unseren Kindern die individuelle Entfaltung ihrer Persönlichkeiten ermöglicht wird.

Für eine Schule der Demokratie. Weder Einkommen noch Herkunft, weder Bildungsniveau noch Sozialprestige der Eltern dürfen entscheidend sein für den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen. An den bisherigen Schnittstellen des Bildungssystems braucht es fördernde Übergänge statt Trennung und Aussonderung. Wir wollen eine kostenfreie, gemeinsame Ganztagschule der 6- bis 14-Jährigen mit innerer Differenzierung nach Interessen, Neigungen und Fähigkeiten der Kinder. Denn unsere Herzen brennen für bessere Schulen. In unserem Schulsystem ist kein Platz und keine Notwendigkeit mehr für private Nachhilfe. Kein Kind muss mehr eine schwere Schultasche nach Hause schleppen, weil die öffentliche Schule der gemeinsame Ort ist, wo alle bestmöglich gefördert werden. Diese Schule ist kein isolierter Ort zum Lernen, sondern ein offener Lebensraum, der auch mit dem gesellschaftlichen Umfeld verwoben ist – in den Stadtvierteln wie in den Dörfern. Unterricht und Freizeitpädagogik sollen einander ergänzen, um den Schultag kindgerecht gestalten zu können. Kultur und Kunst

sind wie Bewegung und Sport ein selbstverständlicher Teil des Schulalltags, der Kinder und Jugendliche in ihrer kreativen und körperlichen Entwicklung unterstützt, ihnen Abwechslung bietet und Teamdenken fördert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Lehr- und Lernkultur, die SchülerInnen zur selbständigen Organisation ihrer Arbeit und zur Entwicklung solidarischer Beziehungen befähigt. Dazu gehören auch eine demokratische Schulorganisation und die Möglichkeit, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre Vertretung auf allen Ebenen direkt wählen können. Dazu gehört auch ein Schulfach „Politische Bildung“, das politische Teilhabe, Grund- und Freiheitsrechte und unsere demokratische Kultur erfahrbar macht, um über diese Erfahrung das politische Selbstbewusstsein zu bilden. Das ist unser Menschenbild: Dafür zu kämpfen, dass jede und jeder die eigenen Anlagen entwickeln, ein selbstbestimmtes Leben führen, die Stimme erheben und Gehör finden kann.

Wir kämpfen für die Lehrlinge. Eine gute Lehrausbildung braucht transparente und klar definierte Ausbildungsinhalte, die für alle Ausbildungsbetriebe gelten. Das Niveau der Ausbilderinnen und Ausbilder muss inhaltlich und didaktisch besser werden. Kein Lehrling darf für fachfremde Dienste ausgenutzt werden. Wir bestehen darauf, dass die Jugendlichen im Rahmen ihrer Lehre finanziell abgesichert sind. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit gilt auch in der Lehrausbildung. Diese Finanzierung der Lehrausbildung soll in Zukunft durch Branchenfonds erfolgen. Alle Betriebe sollen in einen Topf ein-

zahlen, aus dem jene, die ausbilden, die Ausbildungskosten erstattet bekommen. Jene, die nicht ausbilden, aber in Zukunft trotzdem von gut ausgebildeten Fachkräften profitieren, leisten damit ihren gerechten Beitrag. Damit finanzieren wir auch unsere überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Unser Einsatz für Demokratie und Mitbestimmung bezieht auch die Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen mit ein. Die Wahl von Jugendvertrauensräten und SchulsprecherInnen mit Mitsprachemöglichkeiten ist ein elementares Recht für junge Menschen in Ausbildung. Denn unsere Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern tragen sie die Zukunft unseres Landes.

Wir wollen die beste Bildung – auch für Erwachsene. Menschen müssen während ihres gesamten Lebens Angebote vorfinden, die ihnen die Möglichkeit geben, sich weiterzubilden. Darauf hat auch der Arbeitgeber und die Arbeitgeberin Rücksicht zu nehmen. Besonders wichtig sind Angebote für jene Personen, die ihre Erstausbildung nicht erfolgreich abschließen konnten und deren Chancen auf eine gesellschaftliche Teilhabe daher stark beeinträchtigt sind. Sie sollen sich Kulturtechniken aneignen und Schul- und Berufsabschlüsse kostenfrei nachholen können.

Außerschulische Kompetenzen anerkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Kompetenzen, die nicht in der Schule oder einer anderen formellen Ausbildung erworben wurden, stärker anerkannt werden. Wir wollen, dass es für jede und jeden möglich ist, den Beruf zu ändern

und eine zweite Ausbildung zu absolvieren. Erwachsenenbildung ist für uns die Ermächtigung der Lernenden zum selbsttätigen Wissenserwerb. Wir sind der Überzeugung, dass lebensbegleitendes Lernen von allen nur in Zusammenhang mit einem individuellen Rechtsanspruch realisiert werden kann.

Die Sozialdemokratie steht für einen Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur. Gerade Bibliotheken kommt im Verbund mit Museen, Medien, Volkshochschulen und Theatern die Aufgabe zu, den öffentlichen Zugang zu Wissenschaft und Bildung allen Menschen im Land zu ermöglichen. Öffentliche Bibliotheken sind als kulturelle Zentren und Lernorte ein wichtiger Teil regionaler Bildungslandschaften. Angesichts der voranschreitenden Digitalisierung haben sie die Aufgabe, die Lust an Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur überall zu entfachen.

Wir setzen uns für die bessere Förderung der Hochschulen, der Lehre und der Forschung ein. Österreich hat das Potenzial, ein Innovationszentrum zu sein, ein faszinierendes Laboratorium des Gelingens und des Ausprobierens, doch muss es dazu mehr für

Bildung, Forschung und Wissenschaft tun. Die öffentliche Hand hat sicherzustellen, dass die Hochschulen zu einem Ort werden, wo Menschen, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, in einem internationalen Zusammenhang lernen und forschen können. Unser Bekenntnis zum offenen und freien Hochschulzugang beinhaltet, dass wir Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen ablehnen. Die chronische Unterfinanzierung der Universitäten muss beseitigt und der Forschung die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Antwort auf die steigenden Studierendenzahlen darf keine weitere Verschulung sein, die das Studium für viele bloß zusätzlich erschwert. Und es bedarf auch eines effektiveren Studienbeihilfesystems, um soziale Schiefen nicht zu verfestigen. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen von den Lehrenden und Lernenden gemeinsam und demokratisch gestaltet werden. Wir brauchen und fördern neugierige, kritische Menschen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und deren Ideen, Konzepte und Forschungsergebnisse das Streben nach einer freien, gleichen, gerechten und solidarischen Gesellschaft unterstützen.



KAPITEL 6

SICHERHEIT IST SOZIAL

Soziale Sicherheit bedeutet Freiheit von Armut und Not. Sie schafft ein Leben in Würde und die Möglichkeit, Träume zu verwirklichen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen so überzeugt wie hartnäckig für den Sozialstaat und eine Gesellschaft, in der diese Freiheit für alle Menschen Wirklichkeit ist.

Wir brennen für das Ideal eines freien und selbstbestimmten Lebens. Es ist der eigentliche Zweck der sozialen Sicherheitssysteme, jedem Menschen die Freiheit von Not sowie seine Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu garantieren. Es geht darum, alle Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Träume zu entwickeln und erfüllte soziale Beziehungen führen zu können. Deshalb brauchen und verteidigen wir einen starken Sozial- und Wohlfahrtsstaat, der die sozialen Rechte aller Menschen sicherstellt. Unsere Arbeitslosen-, Kranken-, Pensions- und Unfallversicherungen sind Ausdruck institutionalisierter Solidarität.

Wir wollen eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zum Grundrecht aller Menschen auf Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die unsere Gesundheit schützen und fördern. Gesundheit ist nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit, sondern bedeutet auch körperliches und geistiges Wohlbefinden. Wir garantieren den gleichberechtigten Zugang zu einem öffentlichen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem für alle Menschen in unserem Land: Niemand darf in Österreich später behandelt werden, weil er oder sie über weniger Einkommen oder keine Beziehungen

verfügt. Wir treten jeder Form von Zweiklassenmedizin entgegen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem alle Menschen pflichtversichert und nach dem Sachleistungsprinzip – unabhängig von privat finanzierten Zusatzleistungen – optimal versorgt sind. Die Leistungen unseres Gesundheitssystems müssen der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen Versorgung aller dienen, was durch einen starken Ausbau der Primärversorgungszentren gewährleistet werden soll. Die öffentlichen Eigentumsverhältnisse und Strukturen des Gesundheitssystems sind so zu organisieren, dass sichergestellt ist, dass Patientinnen und Patienten selbständige Entscheidungen zur eigenen Behandlung treffen können. Wir wollen eine effiziente Struktur der selbstverwalteten Sozialversicherungsträger und eine Vereinheitlichung der Bedingungen für die Versicherten. Selbstbehalte treffen ärmere und chronisch Kranke besonders hart, weshalb wir unsere Gesundheitseinrichtungen nicht darüber finanzieren werden.

Wir kämpfen für ein Altern in Würde und frei von Existenzängsten. Pflege geht uns alle an. Wir dürfen und wollen die Aufgabe nicht einfach, wie es in den meisten Fällen Realität ist, auf die Frauen in der Familie abschieben. Auch zigtausende Kinder und Jugendliche pflegen ihre Angehörigen. So wichtig die persönliche Zuwendung von Angehörigen ist, wir brauchen mehr professionelle Pflege und einen massiven Ausbau des mobilen und örtlichen Betreuungsangebots. In unserem Land darf niemand mit dieser schweren

Aufgabe alleine gelassen werden. Niemand soll im Alter das Gefühl haben, eine Belastung zu sein oder seiner Familie auf der Tasche zu liegen. Jede Person in Österreich muss das Recht auf eine qualitativ hochwertige Pflege haben, die aus öffentlichen Mitteln bzw. Steuern auf Erbschaften finanziert wird. Unser Pflegesystem sichert die soziale Teilhabe im Alter, es ist eine Unterstützung zur Selbsthilfe für Menschen mit Behinderung. Das bedeutet auch eine Investition in ein umfassendes und differenziertes Pflegeangebot, das allen offensteht und eine flächendeckende Versorgung garantiert. Wir streben ein bundesweit einheitliches, transparentes, öffentliches Pflegesystem an, das den Pflegekräften höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht. Dazu gehört auch der Ausbau von Angeboten in der palliativen und hospitären Begleitung.

Wir garantieren sichere Pensionen. Verlässlichkeit, Solidarität und Leistungsgerechtigkeit stehen im Vordergrund sozialdemokratischer Pensionspolitik. Unser staatliches Pensionssystem wird vom Bekenntnis zu einer Versicherungsgemeinschaft getragen, in der alle selbstständig und unselbstständig arbeitenden Menschen Pensionsbeiträge leisten und dementsprechend Ansprüche erwerben. Dieses solidarische Umlageverfahren hat sich gegenüber privaten Vorsorgesystemen, die vom Kapitalmarkt abhängig sind, immer bewährt – nicht zuletzt deshalb, weil unsere Pensionen deshalb nicht der Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Unser staatliches Pensionssystem ist eine Errungenschaft, auf die wir stolz sind. Es weiterentwickeln

heißt, für höhere Pensionen besonders für Frauen einzutreten. Altersarmut darf keine Chance haben. Ob jemand für eine höhere Pension spart, ist jedem und jeder selbst überlassen. Eine staatliche Förderung dafür ist weder notwendig noch zielführend. Denn unsere Pensionen sind dann sicher, wenn es ausreichend Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigung und anständige Löhne gibt, die letztlich die Quellen für Pensionsbeiträge und damit -zahlungen sind. Wir kämpfen daher auch für eine Arbeitsmarktpolitik, die dazu führt, dass möglichst alle Menschen bis zur Erreichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters in Beschäftigung bleiben. Das benötigt eine konsequente Beschäftigungs- und Investitionspolitik und ausreichend altersgerechte Arbeitsplätze. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für das Grundrecht auf Alterssicherung und die Garantie für die Werterhaltung der Pensionsansprüche ein.

Das Mindeste sichern. Wir werden erst dann zufrieden sein, wenn wir die Armut in unserem Land völlig besiegt haben. Im Grunde soll niemand vom existentiellen Minimum leben müssen, doch wenigstens dieses Mindeste muss ohne Wenn und Aber garantiert sein. Wir bekennen uns zu einer effektiven Armutsbekämpfung mit Mindeststandards, um allen Menschen ein würdevolles und angstfreies Leben zu ermöglichen. Die Mindestsicherung bildet das letzte soziale Sicherungsnetz. Ein Netz, auf das jeder und jede alleine aus dem Menschsein ein Anrecht hat. Allen Versuchen reaktionärer Kräfte, unter Aushöhlung unserer sozialen Versicherungen noch mehr

Menschen in die Mindestsicherung zu drängen und ein entmündigendes Regime zur Etablierung eines Niedriglohnsektor zu schaffen, treten wir auf allen Ebenen entschieden entgegen. Die Mindestsicherung soll bundesweit vereinheitlicht werden, auch um den innerösterreichischen Wettbewerb nach unten zu beenden. Sie muss transparent organisiert sein. Alle Anspruchsberechtigten sollen wissen, wie und wo sie zu ihrem Recht kommen. Mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird es kein Zurück in eine Zeit der Essensgutscheine und Suppenküchen geben, in der die Armenfürsorge ein entwürdigendes System aus Scham, Bittstellertum und Demütigung etabliert hat. Wir stehen dafür, nicht die Armen zu bekämpfen, sondern die Armut.

Sicherheit geben. Sicherheit ist ein ursozialdemokratisches Thema. Die meisten Menschen sind auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. Nur sehr Reiche können sich private Sicherheit kaufen. Natürlich kann der Staat keine absolute Sicherheit garantieren, aber er muss alles tun, um Unsicherheiten zu verringern. Freiheit und Sicherheit bilden eine Einheit. Die Sozialdemokratie ist in ihrer langen Geschichte immer für eine gewaltfreie Gesellschaft eingetreten. Die SPÖ steht für eine Gesellschaft, die sich durch ein solidarisches, friedliches Zusammenleben definiert, in der die Menschen in Freiheit und Sicherheit gemeinsam leben und sich entwickeln können. Jede Form der Gewalt – von wem und gegen wen auch immer – gefährdet nicht nur einzelne Personen, sondern auch die solidarische, faire Demokratie.

Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe. Eine der Grundlagen des Rechtsstaates und Ausdruck staatlicher Souveränität ist das Gewaltmonopol des Staates, das für Frieden und Sicherheit steht. Damit verbundene Aufgaben dürfen weder ausgelagert noch privatisiert werden und sind ausschließlich von dafür vorgesehenen staatlichen Einrichtungen wahrzunehmen. Wir treten dem gesellschaftlichen Phänomen der Kriminalität einerseits durch eine gezielte Sozialpolitik und andererseits durch eine moderne Polizei entgegen. Dafür braucht es eine handlungsfähige demokratisch legitimierte Polizei, deren Organe im Bereich der Grundrechte, der Prävention und der Deeskalation besonders zu schulen sind. Auf der anderen Seite ist das österreichische Bundesheer dazu berufen, das Bundesgebiet vor möglichen Gefahren von außen wirksam zu schützen.

Demokratie bürgernah gestalten. Zu den Herzstücken unserer repräsentativen Demokratie zählen Gewaltentrennung und starke Vertretungen auf allen Ebenen. Diese sind durch allgemeine, freie und geheime Wahlen zu legitimieren und gegebenenfalls durch die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen zu ergänzen. Eine stabile Demokratie lebt von einem lebendigen Parlamentarismus und von einer qualitativ hochwertigen Verwaltung. Die Verwaltung des Staates muss für alle Menschen barrierefrei zugänglich und generell leicht erreichbar sein – analog wie digital. Das betrifft auch die Möglichkeit, Entscheidungen rasch beeinspruchen zu können. Jede Handlung, jede Entscheidung

der Verwaltung muss möglichst nachvollziehbar und transparent sein. Eine moderne Verwaltung, wie wir sie wollen, nutzt die Möglichkeiten der neuen Technologien, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen Abläufen zu vergrößern und öffentlich erhobene Daten zugänglich zu machen.

Gleichheit vor dem Gesetz und durch das Gesetz muss garantiert sein. Die richterliche Unabhängigkeit ist ein unumstößlicher Eckpfeiler des Rechtsstaates. Sie muss durch demokratische Kontrollmaßnahmen gestützt werden. Transparente und faire Auswahlverfahren, bei denen juristische Fachkenntnisse ebenso berücksichtigt werden wie psychologische Kenntnisse, soziales Verantwortungsbewusstsein und das Verständnis für wirtschaftliche und politische Zusammenhänge spielen hier eine tragende Rolle. Die Mitwirkung des Volkes an der Rechtsprechung im Rahmen einer reformierten Geschworenengerichtsbarkeit ist uns wichtig. Für uns ist Bildungs- und Sozialpolitik die beste Präventions- und Sicherheitspolitik, das Strafrecht kann nur eine Form zur Kriminalitätsbekämpfung sein. Bei voller Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Menschen unterstützen wir Alternativen zum herkömmlichen Strafvollzug.

Zugang zum Recht erleichtern. Wir wollen die Verfahrenshilfe ebenso ausbauen wie geeignete Institutionen der Rechtsberatung. Um die Rechte von KonsumentInnen zu wahren, braucht es starke Vertretungsstrukturen und die Möglichkeit von Verbandsklagen.



KAPITEL 7

IN STADT UND LAND

Für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, das Chancengefälle zwischen Stadt und Land nicht größer werden zu lassen. Es braucht eine aktive Politik und vor allem Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die Nachteile des ländlichen Raums gegenüber den Ballungszentren auszugleichen. Dafür treten wir ein.

Gleiche Voraussetzungen für alle. Die Menschen im ländlichen und im städtischen Raum müssen gleiche Chancen vorfinden. Die Sozialdemokratie setzt sich dafür ein, dass die öffentliche Versorgung nach dem Solidaritätsprinzip in strukturstarken und -schwachen Regionen gleichermaßen garantiert wird. Dazu gehören leistbare, qualitätsvolle Einrichtungen, in denen Kinder sich entwickeln können und älteren Personen ein Altern in Würde garantiert wird. Eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung muss auch in ländlichen Regionen gesichert sein. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Breitbandausbau sind hier ebenfalls unumgänglich.

Wohnen ist ein Menschenrecht – und muss leistbar sein. Alle Menschen haben unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Anspruch auf eine bedarfsgerechte Wohnung. Dazu brauchen wir genügend Neubauten, einen starken, gemeinnützigen Wohnbausektor, öffentliches Eigentum an Wohnungen und ein transparentes, bundesweites Universalmietrecht. Gerade für junge Menschen sind die Mieten und Baugründe nicht mehr leistbar. Eine gute Versorgung mit Wohnraum funktioniert nur, wenn wir dafür sorgen, dass ausreichend Grund und Boden für den Neu- und Ausbau an leistbaren Woh-

nungen zur Verfügung steht. Wir brauchen eine österreichweite Wohnbauoffensive, die den sozialen Wohnbau massiv stärkt. Genossenschaftswohnungen und Gemeindebauten dürfen nicht privatisiert werden. Wir streben die Wiedereinführung der Zweckbindung von Wohnbauförderungsmitteln an und wollen die Rückflüsse aus den Wohnbadaulehen wieder in den wohnungswirtschaftlichen Kreislauf einbeziehen.

Jede Spekulation mit Wohnraum und Fördermitteln ist zu unterbinden. Durch eine sozial gerechte Raumordnung und Steuern auf Leerstände und Zweitwohnsitze werden wir den vorhandenen Wohnraum wieder für alle zugänglich machen. Denn Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Wohnungspolitik ist eine öffentliche Aufgabe, die der Markt nicht erfüllen kann. Wir stehen für eine Wohnbaupolitik, die unsere Gemeinden und Städte als gute Lebensräume für alle entwickelt, und in der die Wohnumgebung so gestaltet wird, dass sie die Kommunikation und Solidarität zwischen den BewohnerInnen fördert. Sozialdemokratische Wohnungspolitik stellt sicher, dass unsere Siedlungen, Grätzler, Dörfer und Stadtteile inklusive Lebensräume sind, in denen niemand ausgeschlossen wird und in denen es weder Armen- noch Reichenviertel gibt. Viele Menschen, die in einer Stadt leben, führen heute einen Kampf, in dem sie ihre Viertel als kommunikative Lebensräume erhalten wollen und in denen sie lebendige Nachbarschaften als Orte des sozialen Zusammenhaltes und der Sorge füreinander verteidigen. Wir stehen

in diesen Kämpfen auf ihrer Seite und treten vehement gegen die zunehmende Gentrifizierung und für die soziale Durchmischung von Wohngebieten ein. Die Beteiligung der Wohnbevölkerung an der Stadt- und Ortsplanung leistet einen wesentlichen Beitrag dazu.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für den Ausbau von leistbaren öffentlichen Verkehrsmitteln und Infrastruktur ein. Um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im ländlichen Raum sicherzustellen, muss entsprechende Mobilität gewährleistet sein. Mobilität bedeutet, unter zumutbarem Aufwand alle Bereiche des täglichen Lebens abdecken zu können – das reicht vom Weg von und zur Arbeit oder in Bildungseinrichtungen, über private Erledigungen vom Einkauf bis zum Arztbesuch bis hin zu Freizeitaktivitäten und soziale Kontakte durch die Beteiligung an einem lokalen Vereinsleben. Zu Mobilität zählen die Vernetzung der Anschlussmöglichkeiten, alternative Beförderungskonzepte und -mittel wie z.B. Fahrgemeinschaften sowie die stärkere Einbindung der Bevölkerung in die Verkehrspolitik und Stadtplanung. Gerade im ländlichen Raum bedeutet das fehlende oder eingeschränkte Angebot von öffentlichen Verkehrsmitteln für sozial und ökonomisch benachteiligte Gruppen – Frauen, MigrantInnen, junge Menschen, ältere Menschen etc. – ein großes Hindernis für ein selbstständiges Leben. Ein zentrales Anliegen unserer Politik ist die Schaffung von Zukunftsperspektiven für die gesamte Bevölkerung. Qualitativ hochwertige öffentliche

Infrastruktur heißt gerade auch im ländlichen Raum mehr Freiheit und Chancengleichheit.

Mehr Lust am Sport. Im Sinne der Work-Life-Balance, aber auch der höheren Lebenserwartung und der damit verbundenen aktiven Pensionszeit, wird die Gestaltung der Freizeit immer wichtiger. Sport ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Freizeitgestaltung, vor allem aufgrund seiner Bedeutung für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit. Das Erleben von Gemeinschaft und das Streben nach Leistung mit fairen Mitteln dienen dem sozialen Lernen und dem Abbau von Aggression. Deshalb unterstützen und fördern wir besonders den Breiten-, Schul- und Behindertensport, wobei der gleiche Zugang zum Sport – für alle sozialen Gruppen und Geschlechter – gewährleistet sein muss. Bewegung als Bildungsziel und tägliche Be-

wegungseinheiten in der Schule sind die ersten Schritte, denen aber auch bewusstseinsbildende Aktivitäten folgen müssen, um den Menschen sportliche Betätigung im Interesse ihrer Gesundheit näherzubringen.

Für ein aktives Vereinsleben und ein starkes Ehrenamt. Österreich ist ein Land, in dem es viel ehrenamtliches Engagement und ein breites Vereinswesen gibt – von den freiwilligen Feuerwehren über die Musikvereine bis zum Sportbereich. Die vielfältigen Leistungen und Aktivitäten dieser Strukturen kommen nicht nur häufig der Allgemeinheit zugute, sie stärken auch – insbesondere im ländlichen Raum – den Zusammenhalt und das Miteinander. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten wir daher für die Anerkennung und Unterstützung dieses Engagements und ehrenamtlicher Aktivitäten ein.



KAPITEL 8

DIE PFLICHT ZUR ERHALTUNG UNSERES PLANETEN

Die österreichische Sozialdemokratie hat ökologischen Anliegen schon lange einen hohen Stellenwert eingeräumt, doch deren Bedeutung in der Praxis nicht immer konsequent umgesetzt. Wo ökologische und ökonomische Anliegen nicht miteinander vereinbar waren, hat sie dem Wirtschaftswachstum oft eine Vorrangstellung eingeräumt. Die sozial verträgliche Umgestaltung unserer Gesellschaft hin zu ökologischer Nachhaltigkeit unterscheidet uns auch in Zukunft von anderen Ansätzen in diesem Bereich. Aber angesichts des Klimawandels ist klar, dass dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen – auch als Grundlage der sozialen Gerechtigkeit – die höchste Priorität zukommen muss.

Die Klimakatastrophe hinzunehmen ist nicht nur aus ökologischen Gründen fatal, sondern auch eine soziale Ungerechtigkeit. Denn sie wird dazu führen, dass es sich einige wenige richten können, während viele den Folgen der Klimaerhitzung hilflos ausgesetzt sind. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind heute schon überproportional von den Folgen der Umweltverschmut-

zung betroffen. Unter der Luftverschmutzung des motorisierten Individualverkehrs leiden besonders jene, die in den billigeren Wohnlagen in der Nähe stark befahrener Straßen wohnen. Und wenn in den Städten in den Sommermonaten der so genannte „Backofen-Effekt“ eintritt, leiden besonders jene, die kein Wochenendhaus am Land haben, die nicht in klimatisierten Wohnungen leben oder in den

reichen Vorstädten mit viel Grün zwischen den Villen. Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, braucht es eine aktive Politik, die in diesem Fall z. B. Fassaden-, Dach- und Stadtbegrünungen, das Öffnen von Grünflächen für alle sowie Innenhofzusammenlegungen forciert. Umwelt- und Klimapolitik heißt letztlich, allen Menschen ein besseres und gesünderes Leben zu ermöglichen. Dabei geht es nicht notwendigerweise darum, dass die aktuelle Generation ihre Lebensqualität verringern muss, um künftigen Generationen eine Welt mit hoher Umweltqualität zu hinterlassen. Sie kann auch für uns, die wir jetzt auf dieser Erde leben, eine Erhöhung unserer Lebensqualität sowie Wohlstand und Beschäftigung bringen.

Globale Verantwortung erfordert lokales Handeln. Die Klimaerhitzung wird gerne als globales Phänomen verstanden, das eine ebenso globale Lösung verlangt. Ein solches Verständnis bietet auch eine billige Ausrede, nationale Anstrengungen zu unterlassen und sich auf fehlende internationale Kooperation herauszureden. Dabei sind Treibhausgasemissionen, die hauptverantwortlich für den Klimawandel sind, zu einem großen Teil auch für lokale Umweltprobleme verantwortlich. Was wir lokal an Schadstoffen ausstoßen, summiert sich nicht irgendwo in einer globalen Ferne zur Klimakatastrophe, sondern sorgt unmittelbar und konkret vor unserer Haustüre für schwerwiegende Belastungen. Klimapolitik, die auch lokale Luftverschmutzung reduziert, trägt zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Das heißt, dass nationalstaatliche oder regionale klimapolitische Maßnahmen sinnvoll sind. Wir wollen nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch

für die Nationalstaaten klare Ziele zur Verbesserung der Energieeffizienz, zum Ausbau erneuerbarer Energieformen und zur CO₂-Reduktion. Österreich soll sich hier an die Spitze stellen und bis 2040 CO₂-neutral werden. Zum Schutz der Umwelt sollten zudem umweltfreundliche Technologien stärker gefördert und umweltschädliche Technologien stärker besteuert werden.

Klima- und Umweltschutz tragen zu einer gleichberechtigten Gesellschaft bei. Umweltpolitik und Verteilungsfragen sind eng miteinander verbunden. Es ist unsinnig, die ökologische und die soziale Frage gegeneinander auszuspielen. Das wäre so, als hätte man vor 150 Jahren die Kämpfe für Sicherheit in der Fabrik gegen den Kampf um höhere Löhne ausgespielt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Wohlstand und andere politische Ziele wie Gesundheit oder Lebensqualität immer zusammengehört. Wir wissen auch, dass die Umwelt- und Klimapolitik im Sinne der Bevölkerung gestaltet werden kann und muss. Alle Menschen haben ein Recht auf eine intakte Umwelt. Konsequentes Handeln gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel – etwa durch ein Verbot von unnötigem Plastik – muss und darf keine negativen sozialen Auswirkungen haben. Wir haben alle Chancen der Welt, dadurch mehr Beschäftigung, eine gleichere Einkommensverteilung und ein gesünderes und längeres Leben zu erreichen.

Gemeingüter fördern heißt weniger verbrauchen. Eine optimal ausgebaute öffentliche Infrastruktur hat eine zentrale Funktion, wenn es darum geht, den individuellen Res-

ourcenverbrauch zu verringern. Als etwas, das alle gesellschaftlichen Schichten teilen, stärkt ein gut funktionierender öffentlicher Verkehr nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, er führt auch zu einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, vor allem wenn er von verlässlichen kleinräumigen Netzen in Verkehrsverbänden bis hin zu internationalen Bahn- und Wasserstraßenverbindungen reicht. Ähnliche Wirkungen haben auch gut ausgebaute kommunale Dienstleistungen, öffentlich zugängliche Naherholungsräume und ein starker gemeinnütziger, nachhaltiger und öffentlicher Wohnbausektor, der für einen großen Teil der Bevölkerung zugänglich ist.

Umwelt ist ein öffentliches Gut. Wir werden für den Erhalt der Umwelt und gegen die Privatisierung öffentlicher Ressourcen ankämpfen. Wir bekennen uns zum Vorsorgeprinzip, wonach neue Technologien erst dann zur Anwendung kommen dürfen, wenn ihre grundsätzliche Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit nachgewiesen ist. In der öffentlichen Beschaffung ist bei Ausschreibungen auf ökologische und soziale Standards zwingend zu achten.

Verantwortungsvoller Umgang mit Energie. Das Thema Energie muss als System betrachtet werden und nicht als zusammenhangloses Panorama von Fragen wie Treibstoff, Warmwasser und Stromerzeugung. Unsere große Chance dabei ist die Digitalisierung aller Komponenten, die eine kluge Abstimmung aller Einzelteile möglich macht. Österreich ist in der Lage, den gesamten Strom, den es benötigt,

auch selbst herzustellen. Wir wollen mithilfe des technologischen Fortschritts einerseits die Versorgung sicherstellen und andererseits viel weniger Energie verbrauchen. Wir setzen uns für eine effiziente und naturverträgliche Ökostromförderung und außerdem für eine energieeffiziente Bauweise und umfassende thermische Sanierungen ein. Wir bekennen uns klar zu einer politischen Verantwortung für die Energieinfrastruktur einschließlich des Netzausbaus und effizienter Technologien für die Gewinnung, den Transport und die Speicherung von Energie. Die Energiegewinnung aus Atomkraft ist brandgefährlich und hinterlässt Atommüll, der noch vielen nachfolgenden Generationen zur Last fallen wird. Deshalb werden wir weiterhin gegen Atomkraftwerke auftreten und uns auch auf internationaler Ebene für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzen. Ein erster Schritt dazu ist das Vermeiden von Einkauf von Atomstrom. Mittelfristig muss Euratom in zu einem Atomausstiegsvertrag weiterentwickelt werden.

Unser Ziel ist ein Umstieg von fossilen Verbrennungsmotoren auf alternative klimafreundliche Antriebsformen. Österreich soll in diesem Bereich zur Weltspitze gehören, denn damit sichern wir nicht nur unsere ökologischen Grundlagen, sondern auch unsere künftige ökonomische Wohlfahrt, da diese Branchen die Technologien der Zukunft entwickeln. Um das zu erreichen, müssen wir eine zielgerichtete Forschungspolitik betreiben, die innovative, disziplinenübergreifende Durchbrüche ermöglicht. Gleichzeitig werden wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs forcieren.

Wir wollen eine nachhaltige Lebensmittelproduktion. Die Landwirtschaft soll zu einem gesunden Leben beitragen, qualitätsvolle, möglichst regionale und leistbare Ernährung sicherstellen und besondere Rücksicht auf Tierrechte und Tierwohl nehmen. Biologische Produktion, traditionelle Anbauweisen und eine kleinstrukturierte Landwirtschaft leisten hierzu wichtige Beiträge. Zusätzlich sind die technische Entwicklung und insbesondere die Digitalisierung zu beachten. Alle diese Faktoren können eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion ermöglichen. Um eine solche zu erreichen, ist es auch notwendig, auf das saisonale Angebot im Jahreslauf zu achten. Der Einsatz von Pestiziden muss so gering wie möglich gehalten werden. So wie überall muss der Einsatz von Technik auch in der Landwirtschaft Menschen, Tieren und Umwelt Vorteile bringen und darf nicht auf deren Kosten eingesetzt werden. Gentechnisch manipulierte Organismen haben in unserer Landwirtschaft nichts verloren.

Wir bekennen uns zu einer gerechten und transparenten Landwirtschaftsförderung, die an ökologische und soziale Kriterien gebunden ist. Familienbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe und Bergbauernbetriebe sollen dadurch erhalten bleiben. Das entscheidende Förderkriterium dabei ist nicht der Grundbesitz, sondern der notwendige Arbeitseinsatz. Wir wollen eine

Landwirtschaft, die neben der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln der Erhaltung der Biodiversität und einer intakten Natur, dem Schutz vor Naturgefahren und der Pflege der Kulturlandschaft dient. Dazu ist die Ausweitung von geschützten Gebieten unerlässlich. Der hohe Stellenwert gesunder Böden ist ein zentrales Anliegen einer zukunftsorientierten Landwirtschaft. Die Zerstörung fruchtbarer Böden muss minimiert werden. Gleichzeitig gilt es, bodenschonende Konzepte der landwirtschaftlichen Produktion zu entwickeln. Dadurch, dass Bauern und Bäuerinnen faire Einkommen für ihre Leistungen bekommen, soll die Arbeit in der Landwirtschaft attraktiver werden.

Wir stehen für einen nachhaltigen Wandel unseres Umgangs mit Tieren. Die Würde und das Wohlergehen der Tiere sind uns wichtig – insbesondere dort, wo sich unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem im Spannungsfeld zwischen Tierschutz und ökonomischen Fragen befindet, aber auch in anderen politischen und rechtlichen Fragen, die der Öffentlichkeit wichtige Anliegen sind. Wir stellen uns den zentralen Themen des Tierschutzes in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung, hier vor allem den tierschutzrelevanten Bereichen der Haltung, der Pflege und des Transports von Tieren, aber auch dem Konsum tierischer Produkte.



KAPITEL 9

DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Die gleichberechtigte Teilhabe an politischer Macht, Einflussmöglichkeiten und Entscheidungen sollte ebenso wie das Grundprinzip des gleichen Einkommens für gleichwertige Arbeit in unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Doch dafür gibt es noch viel zu tun.

Viele offene Baustellen. Allen Fortschritten und der allmählichen Veränderung von Rollenbildern zum Trotz ist die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht: Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen konnte bis heute nicht geschlossen werden. Haus- und Erziehungsarbeit wird noch überwiegend von Frauen geleistet. Frauen sind dadurch öfter und stärker von Altersarmut betroffen. Machtungleichgewichte und ein Statusgefälle zwischen den Geschlechtern sind ein Hauptgrund, warum physische und psychische Gewalt für einen großen Teil der weiblichen Be-

völkerung furchtbare Realität ist. Dort etwa, wo alle Machtpositionen von Männern besetzt sind, sind auch sexuelle Übergriffe häufiger.

Rechtlich gleich, praktisch nicht. Die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung hat mit der rechtlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Dem Anspruch vieler Männer, sich stärker in die Familienarbeit einbringen zu wollen, steht eine Arbeitsmarktentwicklung gegenüber, die für familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer wenig Spielraum er-

öffnet. Vor diesem Hintergrund – und verschärft durch das geschlechterspezifische Einkommensgefälle – bleiben traditionelle Rollenbilder auch dort oftmals bestehen, wo Eltern ganz andere Absichten verfolgen. Frauen mit Kindern werden gesellschaftlich aus existenzsichernder Erwerbsarbeit verdrängt – mit allen negativen Folgewirkungen für die soziale Absicherung, die Einkommensentwicklung, die Unabhängigkeit von Frauen, aber auch für viele private Beziehungen. Hier offenbart sich besonders stark, wie das Politische ins Private hineinwirkt.

Auf halbem Weg. Gewiss: Der Fortschritt ist da, aber er ist auf halbem Weg stecken geblieben. Ein Widerspruch, den konservative Gruppen für eine verstärkte antifeministische Agitation benützen. Sie machen den Feminismus verächtlich und beklagen, dass Männer „umerzogen“ werden sollen. Sie beschwören die „gute alte Zeit“, in der das Modell des männlichen Alleinverdieners für vermeintliche Stabilität gesorgt habe und beklagen, dass der Feminismus diese Werte zersetze. So wird die Wirklichkeit propagandistisch auf den Kopf gestellt. Da wird die Doppelbelastung der Frauen dem Feminismus zugeschrieben, dann wieder die angebliche „Ausbeutung“ von Männern und ihre vermeintliche Benachteiligung beklagt, etwa im Fall des Scheiterns von Partnerschaften. Oder es wird gar eine Diskriminierung von Männern attestiert, wenn einmal nicht der Mann den Chefposten bekommt. Wie auch in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden dagegen an, bestehende soziale Probleme durch rückwärts-

gewandte Erklärungsmuster zu verschleiern und gesellschaftliche Fortschritte zurückzudrehen, Frauenrechte zu beschneiden und Ungleichheit zu befördern. Aber ankämpfen heißt für uns: weitergehen. Antifeminismus kann man nur mit mehr Feminismus bekämpfen.

Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter und gegen Diskriminierungen. Ein geschlechtergerechtes Zusammenleben beinhaltet die gleiche Verteilung von Macht zwischen Männern und Frauen auf allen Ebenen – in der Wirtschaft, der Bildung und der Politik. Bereits erreichte Fortschritte in der Gleichberechtigung der Geschlechter müssen durch weitere Fortschritte abgesichert werden. Die Einführung und Umsetzung von Geschlechterquoten garantiert, dass zentrale Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft endlich zu gleichen Teilen von Frauen und Männern besetzt werden. Frauen und Männer müssen für gleichwertige Erwerbsarbeit auch gleich entlohnt werden.

Halbe-Halbe. Es ist höchste Zeit für eine geschlechtergerechte Aufteilung unbezahlter Haus-, Sorge- und Pflegearbeit. Maßnahmen dafür sind unter anderem entsprechende gesetzliche Regelungen zu Kinderbetreuung und Arbeitszeitverkürzung. Darüber hinaus fordern wir flächendeckende, kostenlose und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Bestimmte Gruppen von Frauen sind besonders stark von Armut bedroht. Um die Armutgefährdung von Alleinerziehenden zu reduzieren, treten wir für einen existenzsichernden staatlichen

Unterhaltsvorschuss ein. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist ein Grund- und Menschenrecht und darf aus keinerlei Gründen eingeschränkt werden. Der unabhängige Zugang zu Informationen rund um Sexualität, Verhütung, Übertragung von Krankheiten, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch sowie zu Vorsorgeuntersuchungen durch FachärztInnen muss für alle sichergestellt sein.

Wir kämpfen für die völlige Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen, Queer und Asexuellen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für einen erweiterten Familienbegriff, der deutlich über die heterosexuelle Kernfamilie hinausgeht und vielfältige Formen des generationenübergreifenden Zusammenlebens umfasst. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen unabhängig von Rollenzwängen über ihren Körper, ihre Identität und ihre Sexualität bestimmen können und sich dies auch in der Rechtsordnung widerspiegelt.

Eine Gesellschaft des wechselseitigen Respektes. Die Sozialdemokratie steht für den Schutz und die Wertschätzung von Minderheiten. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung und allen Formen menschenverachtenden, insbesondere auch patriarchalen Verhaltens. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder mit Selbstbewusstsein und ohne Angst sein kann, wie sie oder er will. Respektlosigkeiten können unser Zusammenleben vergiften. Jede Person darf ihren Werten folgen, mögen die eher traditionell, mögen die eher unkonventionell sein. Jede und jeder hat Achtung verdient. Niemand darf das Gefühl haben, durch gesellschaftliche Muster herabgewürdigt zu werden. Wir treten für einen effektiven Gewaltschutz ein, der auch präventiv wirkt und sich auf die digitale Welt erstreckt. Die ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern sowie von Schutzeinrichtungen für Frauen, die aus Gewaltbeziehungen flüchten, muss endlich flächendeckend und österreichweit durchgesetzt werden.



KAPITEL 10

DAS MITEINANDER STÄRKEN

Migration und Integration waren in den vergangenen Jahren zwei bestimmende Themen der öffentlichen Diskussion. Beide Themen sind wichtig, sollten aber nicht miteinander vermischt werden. Getreu der Losung „Integration vor Zuzug“ ist die erste Frage, wie wir als offene, pluralistische Gesellschaft miteinander umgehen und Österreich für alle hier lebenden Menschen eine Heimat sein kann. Die Frage, wie wir Schutzbedürftigen helfen und dafür sorgen können, dass die Zuwanderung geordnet verläuft, ist getrennt davon zu behandeln.

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der alle an einem guten Zusammenleben mitwirken. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich individuell zu entfalten und am Gemeinsamen zu beteiligen. Die Voraussetzungen dafür sind soziale Sicherheit und der Schutz vor Gewalt. Wir brauchen engagierte Menschen vor Ort, in der Politik und der Zivilgesellschaft, denen ein gutes Zusammenleben ein Anliegen ist und denen gleichzeitig die Zeit zugestanden wird, sich dafür einzusetzen. Dies gilt für sämt-

liche Bereiche, in denen ein Interessenausgleich notwendig ist, in Institutionen wie der Schule, der Universität oder im Betrieb. Investitionen in BürgerInnenbeteiligung, Mitbestimmung und ehrenamtliches Engagement sind immer auch Investitionen in ein produktives und respektvolles Miteinander. Wir akzeptieren es nicht, wenn Menschen von oben herab behandelt werden. Jeder Mensch hat immer und überall Respekt verdient. Orte der Respektlosigkeit dürfen daher nicht akzeptiert werden, nicht im öffentlichen

Raum, nicht im Netz und auch nicht hinter Bürotüren oder Fabrikturen. Wir wollen Menschen darin bestärken, ihre Verantwortung in der Gesellschaft wahrzunehmen, für Schwächere einzutreten und Zivilcourage zu leben.

Wir setzen uns für die volle Freiheit des Denkens und Glaubens ein. Wir achten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nichtreligiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jeder und jedes Einzelnen. Die volle Freiheit des Glaubens und Denkens darf weder durch den Staat noch auf sonstige Weise eingeschränkt werden. Die Sozialdemokratie stellt sich zugleich allen alten und neuen Versuchen entgegen, Religion für politische Zwecke zu missbrauchen und anderen Werte und Lebensweisen aufzuzwingen. Wir stellen uns deutlich dagegen, wenn im Namen von Religion patriarchale und längst überholte Rollenbilder verfestigt werden sollen und Gewalt verübt wird. So wie die Sozialdemokratie das Recht jeder und jedes Einzelnen auf freie Ausübung eines religiösen Bekenntnisses verteidigt, besteht sie auch auf dem Respekt vor anderen religiösen und nichtreligiösen Weltanschauungen. Wer Respekt für sich beansprucht, muss andere respektieren und deren Freiheiten achten.

Eine umfassende Integrationspolitik. Sozialdemokratische Integrationspolitik arbeitet aktiv an der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung aller Menschen – egal ob hier geboren oder nicht. Ein gelungenes Zusammenleben bedeutet, dass es für alle Menschen, die hier leben, bestmögliche Bedingungen für ein

ebenbürtiges und solidarisches Miteinander gibt. Integration beginnt am ersten Tag und erfordert Maßnahmen, damit die Menschen, die in Österreich ankommen, ihren Platz in der Gesellschaft finden.

Für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung. Der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, zu leistbarem Wohnraum und ausbildungsadäquaten Arbeitsplätzen sowie die Teilhabe an Kultur, Mobilität und anderen Lebensbereichen müssen diskriminierungsfrei und sozial gerecht gestaltet sein. Dafür braucht es nicht nur gesetzliche Regelungen zur Absicherung der Rechte von neu Angekommenen und Hiergebliebenen, sondern auch entsprechende Angebote – wie etwa kostenlose Sprachkurse, Hilfe beim Einstieg in den Arbeitsmarkt sowie eine engagierte Antidiskriminierungsarbeit. Unser Ideal ist eine Gesellschaft, in der es jeder Mensch, der legal hier lebt, schaffen kann. Egal woher er kommt, welcher Religion er angehört, oder welchen Namen er trägt. Eine Gesellschaft, die jeder und jedem die Chance auf Integration gibt, die aber auch schützt vor dem Gefühl von Identitäts- und Gemeinschaftsverlust. Eine Gesellschaft, die stolz ist auf die vielen Migrantinnen und Migranten und deren Kinder, die es in Österreich zu etwas gebracht haben und mit ihren Leistungen unsere Gesellschaft voranbringen.

Die gemeinsame Basis. Gleichzeitig ist es für ein gelungenes Zusammenleben auch notwendig, dass alle Menschen, die hier leben, die deutsche Sprache erlernen. Wir haben jahrzehntelang für die Verankerung emanzipatorischer Werte in der

Gesellschaft gekämpft und bestehen darauf, dass alle Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit akzeptieren und einhalten. Sozialdemokratische Integrationspolitik stützt sich auf gesetzliche Rahmenbedingungen wie die Europäische Menschenrechtskonvention, auf eine österreichweite Integrationsstrategie und ein dichtes Netz an integrationspolitischen Maßnahmen vor allem auf kommunaler Ebene. Vor allem kleinteilige und inklusive Nachbarschaftsinitiativen fördern den gegenseitigen Austausch und die Annäherung. Dafür müssen ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Für ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis. Die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen, migrantischen Gruppen, Freiwilligenarbeit und öffentlichen Einrichtungen ist für uns Ausdruck eines gemeinsamen Strebens nach einer solidarischen und egalitären Gesellschaft. Integration lebt davon, dass sich alle als ein gemeinsames „Wir“ verstehen und das Gemeinsame mitgestalten. Wer nicht akzeptiert wird, wird sich schwerer integrieren

können. Wer – vielleicht sogar schon vom Kindesalter an – Ablehnung verspürt, wird in eine Abwehrhaltung getrieben. Deswegen brauchen wir als heterogener werdende Einwanderungsgesellschaft eine neue Identität als Gemeinschaft, die bei allen Unterschieden eine Idee des Gemeinsamen entwickelt. Damit geht aber auch die Verpflichtung einher, füreinander da zu sein und gemeinsam die Gesellschaft zu gestalten. Es geht darum, die Angebote zur Integration auch zu nutzen und sich einzubringen.

Ängste beim Namen nennen. Viele gesellschaftliche Herausforderungen und individuelle Ängste haben ihre Wurzeln nicht in Zuwanderung, sondern in Armut und sozialer Ungleichheit. Diesen Ängsten ist mit Aufklärung und mit einer Politik zu begegnen, die für soziale Sicherheit sorgt statt für Benachteiligungen und Ausgrenzung. Wir müssen politisch jenen entgegenzutreten, die soziale Konflikte zu ethnischen und kulturellen Konflikten machen wollen und dadurch Benachteiligte gegeneinander ausspielen.



KAPITEL 11

DIE OFFENE DIGITALGESELLSCHAFT UND DIE FREIHEIT DER KUNST

Neue digitale Technologien, Kunst und Kultur bieten enorme Chancen. Sie können dazu beitragen, unsere Gesellschaft offener, demokratischer und gerechter zu machen. Dazu, dass Menschen ihr schöpferisches Potenzial entwickeln können. Wir müssen aber die Weichen neu stellen, um unsere Ziele zu erreichen: die Freiheit von Kunst und Medien zu garantieren, Kunstschaffende sozial abzusichern und eine für alle offene Kunst- und Kulturpolitik umzusetzen, die Respekt und gegenseitiges Verständnis fördert.

Nutzen wir die Digitalisierung. Ein Gewinn an Freiheit in Beruf und Freizeit ist dank digitaler Technologien möglich. Die neuen Möglichkeiten müssen die Teilhabe am gemeinschaftlich erwirtschafteten Wohlstand und am gesellschaftlichen Zusammenleben erhöhen. Wir erkennen die Potenziale offenen und frei zugänglichen Wissens und kooperativer Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, die sich durch Digitalisierung ergeben, und treten für eine demokratische Entwicklung dieser Poten-

ziale ein. Das beinhaltet die Förderung von Konzepten wie Open Source und freier Software, Open Government und Open Data, vor allem in öffentlichen Institutionen und der Verwaltung.

Demokratie im Digitalzeitalter sichern. Sich im digitalen Raum frei bewegen zu können, ist wichtig für Meinungsfreiheit, Chancengleichheit, Kommunikation und Innovation. Eine nie dagewesene Öffentlichkeit ist geschaffen worden, die unsere Demokratie

weiterbringen kann, aber die wir vor Manipulationen und Zensur schützen müssen. Demokratische Grundfreiheiten, beispielsweise das Verbot von Zensur, die Rede- und Versammlungsfreiheit oder die Wahrung des Briefgeheimnisses müssen auch im Netz erhalten bleiben. Das gilt auch für die journalistische Freiheit und das Redaktionsgeheimnis. Die bewusste Streuung von Falschmeldungen, Verleumdungen und Hetze muss hingegen eingedämmt und strafrechtlich verfolgt werden. Anbieter digitaler Plattformen steuern mithilfe von Algorithmen, was Milliarden Menschen täglich zu sehen und zu lesen bekommen. Hier treten wir für Transparenz ein: Diese Algorithmen sind offenzulegen und die Anbieter für die Einhaltung demokratischer Regeln und Normen zur Verantwortung zu ziehen.

Breitband für alle. Der Zugang zu Information ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Menschenrecht. Analog dazu wollen wir ein Recht auf Zugang zum Internet. Deshalb müssen leistungsstarke Hochgeschwindigkeitsnetze allen zur Verfügung stehen. Dies gilt sowohl für urbane als auch für ländliche Regionen. Zugang zum Breitbandinternet ist in der digitalen Gesellschaft unverzichtbar. Ergänzend dazu ist auch breite Bildung und Unterstützung zur Förderung eines selbständigen und kritischen Umgangs mit digitalen Medien unabdingbar – vom Kindergarten und der Schule bis zum Altersheim. In Schulen müssen darüber hinaus Kompetenzen zum Umgang mit Gewalt und Gefahren im Netz vermittelt werden.

Wir kämpfen für Selbstbestimmung und das Recht auf Privatsphäre. Wir setzen uns für einen modernen und selbstbestimmten Datenschutz ein. Der Schutz der Privatsphäre ist wichtiger als wirtschaftliche Interessen. Der gläserne Bürger ist eine Gefahr für die Freiheit, weshalb wir für einen starken, einheitlichen und konsequent sanktionierten europäischen Datenschutz und einen digitalen Grundrechtskatalog eintreten. Alle Menschen müssen das Recht haben, über die Verwendung ihrer Daten selbst zu entscheiden. Der Zugang zu digitalen Diensten soll möglich sein, ohne dass Nutzerinnen und Nutzer einer umfassenden Speicherung von Daten zustimmen müssen. Das „Recht auf Löschen“ muss zu einem Grundrecht werden. Auch durch ein Übermaß an Überwachung wird unsere Demokratie und Freiheit gefährdet. Wir sind daher gegen eine anlasslose personenbezogene Massenüberwachung, denn diese macht uns alle nicht sicherer, sondern erleichtert wirtschaftlich und politisch motivierten Datenmissbrauch.

Gegen neue Monopole. Um die Gefahr der Monopolisierung und des Missbrauchs von Daten durch digitale Mega-Konzerne zu bannen, brauchen wir eine neue Wettbewerbs- und Datenordnungspolitik. Diese muss Monopole verhindern, einen funktionierenden Wettbewerb schaffen und marktbeherrschende Plattformbetreiber regulieren.

Netzneutralität sichern. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Erhalt und die Sicherung der Netzneutralität.

tät. Wir lehnen die Sperrung von Internetseiten ohne richterliche Kontrolle sowie die Sperrung des Internetzugangs oder die Drosselung der Internetgeschwindigkeit als Strafmaßnahme ab. Strafrechtlich relevante Inhalte sind an der Wurzel zu bekämpfen, es gilt die Maxime „Löschen statt Sperren“.

Die Schattenseiten der Digitalisierung bekämpfen. Negativen Entwicklungen im Internet gilt es entgegenzuwirken – insbesondere gegen Internetkriminalität, Hasspostings, Cyber-Mobbing, Cyber-Spionage oder Cyber-Angriffe auf sensible Infrastruktur sind Vorkehrungen zu treffen. Das Internet darf kein Platz von Gewalt und diskriminierenden, rassistischen oder frauenfeindlichen Hassbotschaften sein. Strafbares Verhalten muss auf einfachem Wege als solches benannt und zur Anzeige gebracht werden können. Die Plattformanbieter tragen hier besondere Verantwortung. Rechtslücken bei der Bekämpfung von Internetkriminalität müssen sowohl auf nationaler und als auch auf europäischer Ebene geschlossen werden. Informations- und Beratungstätigkeiten im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten müssen verstärkt werden, um so Betrug, etwa beim Online-Shopping, oder nicht legale Vertragsabschlüsse zu unterbinden.

Wir setzen uns für die freie Information ein. Medienfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung sind Grundpfeiler der Demokratie. Wir treten entschieden allen Versuchen entgegen, diese Freiheiten durch Diffamierungen und Übergriffe auf Journalistinnen und Journalis-

ten einzuschränken. Bereits in der Schule muss die Bedeutung dieser Freiheiten vermittelt und der kompetente und kritische Umgang mit Medien erlernt werden.

Der ORF ist als öffentlich-rechtliches Medium für Österreich unverzichtbar.

Im Zeitalter „alternativer“ Fakten kommt dem öffentlich-rechtlichen gebührenfinanzierten Rundfunk als qualitativ hochwertige, objektive Informationsquelle eine besondere Bedeutung zu. Angesichts der massiven Veränderung des Nutzerverhaltens müssen öffentlich-rechtliche Inhalte für Bürgerinnen und Bürger auch über Internet, soziale Medien und andere neu entstehende Kanäle frei zugänglich sein.

Medienvielfalt fördern. Zum Erhalt und Ausbau der Medienvielfalt bedarf es einer Medienförderung, die die unabhängige Erstellung redaktioneller Inhalte fördert, auch für web-basierte Medien offen ist und den Berufsstand der Journalistinnen und Journalisten unterstützt. Für die Mitgliedschaft im Presserat sollen finanzielle Anreize geschaffen werden. Nicht-kommerzielle Radio- und TV-Sender sind eine Bereicherung der Medienlandschaft und müssen entsprechend unterstützt werden. Auch für die österreichischen Privatmedien müssen faire Bedingungen im Wettbewerb mit ausländischen Sendern, vor allem aber mit multinationalen medialen Großunternehmen geschaffen werden, die in Österreich Werbegelder lukrieren, ohne dafür auch nur annähernd faire Steuern zu zahlen.

Zeitgemäßes Urheberrecht. Im digitalen Zeitalter muss es durch ein ausgewogenes UrheberInnenrecht zu einem gerechten Ausgleich der Interessen von UrheberInnen, VerwerterInnen und NutzerInnen kommen.

Kunst und Kultur stärken die Freiheit und helfen uns, die Welt zu verstehen. Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Kulturbewegungen sind wichtige Trägerinnen von gesellschaftlichem Fortschritt, Kritik und Emanzipation. Wir wollen eine offene, vielfältige Kunst- und Kulturpolitik vorantreiben, die sich nicht auf die Förderung der so genannten Hochkultur beschränkt und die kulturelle Tätigkeiten nicht zu kommerziellen Dienstleistungen degradiert. Sie soll das Verstehen und Erleben der Welt, den Respekt vor Anderen und das gegenseitige Verständnis unterstützen.

Kulturelle Bildung und Kulturvermittlung von Anfang an. Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben - unabhängig von der gesellschaftlichen und sozialen Stellung oder Herkunft. Das ist für uns notwendiger Bestandteil von sozialer Gerechtigkeit. Kulturelle Bildung und Kulturvermittlung spielen hier eine zentrale Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass Kultur in aktiver und passiver Form zum Angebot von Bildungseinrichtungen gehört. Dazu gehört, dass Kunstschaffende in Schulen einbezogen werden, Lehrerinnen und Lehrer eine gute Ausbildung in künstlerischen Fächern erhalten und die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen ausgebaut wird.

Wir fördern künstlerisches Schaffen und die Auseinandersetzung mit Kunst. Wir bekennen uns zur öffentlichen Kulturfinanzierung. Unser Ziel ist es, verlässliche Rahmenbedingungen für eine kritische, innovative und vielfältige Kunst zu schaffen und eine aktive Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe zu ermöglichen. Kulturpolitik soll sich nicht in künstlerisches Schaffen einmischen. Sie muss zur freien Entfaltung der Künste beitragen. Auf Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Frauen legen wir ein besonderes Augenmerk, da diese oft strukturell benachteiligt werden. Darüber hinaus stehen wir für die gezielte Förderung zeitgenössischer und experimenteller Kunst sowie junger Künstlerinnen und Künstler.

Kunst- und Kulturschaffende sozial absichern. Viele Künstlerinnen und Künstler, Kulturarbeiterinnen und Kulturarbeiter, aber auch Personen, die als kreativwirtschaftliche Ein-Personen-Unternehmen tätig sind, arbeiten unter prekären Verhältnissen. Fehlende soziale Absicherung, unregelmäßige Arbeitszeiten, Mehrfach-Jobs oder arbeits- und auftragslose Zeiten stehen für sie auf der Tagesordnung. Kreative passen oft kaum mehr in die vorhandenen Sozialversicherungssysteme. Für die Sozialdemokratie bedeutet soziale Gerechtigkeit, dass die Arbeit in Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft ordentlich bezahlt werden muss. Es ist unsere Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für Kreative zu schaffen und für die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern zu sorgen.

ÖSTERREICH VERÄNDERN

Der erste Schritt. Der Beschluss dieses Grundsatprogramms ist der erste Schritt zu einem erneuerten Selbstverständnis der sozialdemokratischen Bewegung. Dieser erste Schritt ist wichtig, aber letztlich nur der Anfang eines weitaus größeren Projektes, das Österreich verändern wird: die Schaffung einer sozialen Demokratie.

Ein Kompass für die Zukunft. Das vorliegende Programm bietet einen Kompass zur politischen Orientierung. Ein Kompass gibt die Zielrichtung vor, aber nicht unbedingt den Weg. Um unseren Ideen von einer besseren Zukunft zum Durchbruch zu verhelfen, müssen wir daher auch unser Verständnis von politischer Aktivität erneuern. Denn ein Grundsatprogramms ist letztlich nicht mehr als eine Idee, die erst in der politischen Tätig-

keit lebendig wird. Tag für Tag, bis in die Details des politischen Handelns hinein.

Was uns verbindet. Unser Grundsatprogramms verdeutlicht die Werte, die uns verbinden. Es vermittelt Leitlinien, die über den Tag hinaus gültig sind, weil darin unsere Idee von Gesellschaft sichtbar wird. Dahinter steckt ein Menschenbild. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betrachten wir unsere Mitmenschen – egal wie nah oder fern sie uns stehen – nicht als gefährliche Rivalen im Kampf jeder gegen jeden. Es sind Menschen, mit Würde und Rechten ausgestattet, die aus ihrem Leben etwas machen wollen und damit mögliche Partnerinnen und Partner im gemeinsamen Streben nach einem besseren Leben. Wir können nur dann gut zusammen leben, wenn wir Umstände

schaffen, die jeder und jedem die Möglichkeit zu einem guten Leben garantieren.

Im Kampf um die Freiheit. Die österreichische Sozialdemokratie versteht sich als Befreiungsbewegung. Wir brennen für das Ideal eines freien und selbstbestimmten Lebens. Darum kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Seite an Seite mit den Vielen, die zu wenig haben, um wirklich frei zu sein. Wir sind überzeugt davon, dass das wirksamste Mittel gegen Benachteiligung mehr Beteiligung ist. Darum ist die Ausweitung der Demokratie – die aktive Mitbestimmung der Vielen – unser Weg, um unsere Ziele zu erreichen.

Bruch mit dem Paternalismus. Dieses Selbstverständnis muss sich auch in unserem Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern widerspiegeln. Aus diesem Grund bricht das neue Parteiprogramm mit dem Paternalismus, der in Teilen unserer Bewegung – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Vorkriegs- und Kriegszeit – lange vertreten war. Die Sozialdemokratie ist nicht die „starke“ Beschützerin sozial „schwacher“ Menschen, denn diese Menschen sind nicht schwach, sie haben bloß zu wenig Geld. Wir sind nicht dazu da, Menschen mit etwas zu „versorgen“, sondern wollen sie zur Unabhängigkeit ermächtigen. Die Partei steht nicht über der Bevölkerung, sondern dient ihr. Darum kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowohl „für“ die Benachteiligten als auch „mit“ ihnen.

Politik nicht den Eliten überlassen. Unser mächtigster Gegner ist das Gefühl, nichts ver-

ändern zu können. Wir müssen und können diese Ohnmacht überwinden, indem wir aufzeigen und vorleben, dass Politik die Verantwortung von uns allen ist. Politik wird von zu vielen Menschen als etwas verstanden, das nur einer auserwählten Elite vorbehalten ist. Doch das ist falsch. Zu bestimmen, wie wir miteinander leben und umgehen wollen, ist weder das Privileg einiger Mächtiger noch die exklusive Aufgabe von Parteien – selbst wenn diese mit Regierungsmacht ausgestattet sind.

Alles ist politisch. Die zweite Frauenbewegung hat mit dem Slogan „Das Private ist politisch“ auf den Punkt gebracht, wie weit das Feld der Politik ist. Es ist kein eng gefasster Aufgabebereich, sondern besteht aus einer großen Fülle an Handlungsfeldern. Wenn alle Lebensbereiche politisch sind, heißt das auch: Es gibt unzählige Möglichkeiten, Politik zu machen – innerhalb wie auch außerhalb der Sozialdemokratie. Das bedeutet auch, dass wir an vielen Stellen erfolgreiche Überzeugungsarbeit leisten können und müssen, um etwas zu bewegen. Durch Gespräche am Küchentisch oder in der Kantine, bei den nicht immer leichten Diskussionen auf Familienfeiern, bei Versammlungen, auf wissenschaftlichen Konferenzen oder eben durch das Engagement in der SPÖ.

Regieren reicht nicht. Weder eine Regierungsbeteiligung noch eine parlamentarische Mehrheit reichen aus, um gesellschaftlichen Fortschritt zu verwirklichen und abzusichern. Politik wird nicht einseitig vom Gesetzgeber verordnet, sondern muss in der Gesellschaft ver-

ankert sein. Fortschritt gibt es nur, wenn alle in ihren Lebenssituationen das Bestmögliche versuchen, ohne von den jeweils anderen zu verlangen, das Projekt Sozialdemokratie alleine zu tragen. Egal ob Bürgermeisterin oder Aktivist, wir teilen die Verantwortung für die Sozialdemokratie. Unser aller Aktivität ist gefordert und keine ist verzichtbar. Die Breite ist unsere Stärke, vielfältige Politikstile sind deshalb nicht nur zulässig, sondern notwendig.

Die Allianz des Fortschritts. Die starke Sozialdemokratie der Zukunft muss eine breite Allianz des Fortschritts sein. Eine bunte Mischung aus Parteistrukturen mit offenen Türen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen sowie vielen engagierten Gruppen und sozialen Milieus, die alle etwas Ähnliches wollen und gemeinsam an einem Strang ziehen. Wirksamkeit entsteht aber nicht alleine durch den Austausch mit Gleichgesinnten, sondern vor allem durch den Kontakt mit allen anderen. Die „reine Lehre“ ist zwar schön, aber meistens mit kleiner Gefolgschaft ausgestattet. Es muss uns gelingen, die gesamte Bevölkerung durch unsere Aktivitäten so anzusprechen und herauszufordern, dass Veränderung möglich wird.

Offenheit leben. Eine Voraussetzung dafür ist unsere Offenheit. Offenheit gegenüber den Entwicklungen unserer Welt und ganz besonders in der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Sichtweisen. Wenn wir unsere Überzeugungen vermitteln wollen, dann gerade auch gegenüber jenen, die sie auf den ersten Blick nicht teilen. Das funktioniert nur

durch ehrliches Interesse an anderen Sichtweisen und Weltbildern, die wir ernsthaft herausfordern und von denen wir uns auch herausfordern lassen. Das bedingt natürlich die Möglichkeit, unsere eigenen Positionen anzupassen. Wir wollen den Leuten nicht nach dem Mund reden, aber auch nicht in unserer eigenen Weltsicht unberührt von anderen Meinungen verharren.

Politische Kultur prägen. Wir tragen alle Verantwortung für die politische Kultur in unserem Land. Die Qualität der öffentlichen Diskussion leidet derzeit unter vielen negativen Einflüssen. Wir können nicht zulassen, dass dieses Herzstück der Demokratie weiter geschwächt wird und werden daher unseren Beitrag leisten, um die Debattenkultur in Österreich zu erneuern. Dazu gehört ein grundlegend positiver Stil, der vom Vertrauen auf die eigenen Stärken geprägt ist und sich nicht über die Schwächen anderer definiert. Dazu gehört eine klare und einfach verständliche Sprache und dazu gehört die wertschätzende Grundhaltung, stets auch die Gemeinsamkeiten zu betonen statt in spalterischer Manier das Trennende voranzustellen.

Wir warten nicht auf bessere Zeiten. In diesem Geiste laden wir alle Menschen ein, sich an unserem Befreiungs- und Veränderungsprojekt zu beteiligen. Eine andere, bessere, freiere Welt ist möglich und unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es, dieser Hoffnung den Weg zu bahnen. Wo wir sind, muss die Hoffnung auf Veränderung leben. Denn wir warten nicht auf bessere Zeiten. Wir machen sie.

